

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 RM, monatlich 1,50 RM, frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: monatlich, vom Postamt abgeholt 1,50 RM, vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen-Ungarn 2,— RM, für das übrige Ausland 4,50 RM monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM. Postbestellungen nehmen an: Postamt, Postfach 100, Berlin, Schöneberg und die Schweiz. Einzelnummern in die Postzeitungs-Vertriebsstelle. Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Redaktionspreise sind in der ersten Spalte des 1. Hefes angegeben. Das jetzige Wort 30 Pf. (zählend 2 gesetzte Worte) jedes weitere Wort 15 Pf. Stellenanzeigen das erste Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsanzeigen 20%, Familien-Anzeigen, politische und geschäftliche Berichte - Anzeigen 60 Pf. bis 10 Zeilen. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Handgeschäft Berlin S.W. 68, Lindenstraße 4, abgegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Mittwoch, den 31. Juli 1918. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Bombenattentat gegen Feldmarschall Eichhorn

Kiew, 30. Juli. Amtlich. Gegen Feldmarschall v. Eichhorn und seinen persönlichen Adjutanten, Hauptmann v. Dreßler, wurde 2 Uhr nachmittags auf dem Wege vom Kasino zur Wohnung, in deren unmittelbarer Nähe, durch einen in einer Droschke an sie heranfahrenden Mann ein Bombenattentat verübt.

Beide sind sehr schwer verletzt.

Attentäter und Ruffler sind verhaftet. Die bisherigen Feststellungen deuten auf Urheberchaft der Sozialrevolutionären Partei in Moskau, hinter der erfahrungsgemäß die Entente steht.

Dem Attentat von Moskau ist binnen kurzem ein gleiches Verbrechen in Kiew, der Hauptstadt des neuen ukrainischen Reiches, gefolgt. Das amtliche Telegramm spricht die Vermutung aus, daß die Häden der neuen Tat in Moskau geschürzt sein könnten. Dies könnte hinwiederum zu neuen Verwicklungen mit dem bolschewistischen Großrußland Anlaß geben.

So beginnt das fünfte Kriegsjahr unter sehr ernsten Zeichen nicht nur im Westen, sondern auch im Osten, mit dem wir der Form nach Frieden geschlossen haben. Es ist zu befürchten, daß dieser „Frieden“ dem deutschen Volke noch sehr viel zu tun geben wird!

Der Ansturm gegen die neue Linie

Berlin, 30. Juli. (W. Z. B.) Mit starken Kräften ist am 29. Juli der Feind aufs neue gegen die jetzige deutsche Front vorgedrungen und hat sich wiederum eine schwere blutige Schlappe geholt. Die seinerzeit Marshall Paig in Flandern und General Rivelle an der Aisne, jetzt auch an der Kampffront zwischen Soissons und Reims hoch die alte harre Kampfmethode der Entente fort, die lediglich dazu führt, seine an und für sich so ungeheuren Blutopfer ins ungemessene zu steigern. Nach einer 5 Uhr vormittags begonnene starken Artillerievorbereitung griff der Feind in dichten Wäldern und mit starken Kräften unsere Front südlich Hartennes an. Sein Angriff brach hier völlig und unter schweren Verlusten zusammen. Am Nachmittag wiederholte er mit frischen Kräften seinen Vorstoß, der ebenfalls erfolglos blieb. Gleichzeitige englische Angriffe nördlich Dülis-les-Chateaux wurden glatt abgewiesen. Gegen 10 Uhr abends nochmals vorgehende feindliche Infanterie mußte bereits vor unserem Maschinengewehrfeuer zurückgehen. Bei dem vergeblichen Anrennen beiderseits Fere-en-Tardenois, das sich bis in die Abendstunden hinein wiederholte, brachten wir im Gegenschlag zwei Offiziere und 70 Mann an Gefangenen ein.

Der am Ostrand des Reunierewaldes nach einständiger Artillerievorbereitung am 29. Juli 7 Uhr vormittags unternommene feindliche Angriff endete mit einem vollen Erfolg für unsere dort kämpfenden Truppen. Weiter östlich bis in die Gegend von Sille-en-Tardenois gingen Franzosen und Engländer gegen 7 Uhr abends zum Angriff vor. Auch dieser Angriff brach unter schweren Verlusten teils schon in unserem Fernschützfeuer, teils im Gegenschlag zusammen.

Die Engländer, die seit Beginn der Hochsommers Offensive an der britischen Front an vielen Stellen täglich verlustreiche kleinere Teilangriffe und Vorstöße unternahmen, haben diese Tätigkeit auch am 29. Juni fortgesetzt, ohne irgendwelche Erfolge erringen zu können. Hierdurch steigern sie lediglich ihre blutigen Verluste des ersten Halbjahres. So wurden am 29. Juli bei Meris, bei Blainville und bei Signy-Perme sowie beiderseits Arette feindliche Vorstöße unter schweren Verlusten reflex abgewiesen und mehrfach Gefangene einbehalten.

Französischer Bericht vom 29. Juli abends. Der Tag war durch sehr heftige Kämpfe an der ganzen Front nördlich der Marne gekennzeichnet. Der Feind, dessen Widerstand sehr zugenommen hat, bestritt uns das Gelände Schritt für Schritt und versuchte und durch zahlreiche Gegenangriffe zurückzuwerfen. Unsere Truppen schlugen indessen alle Sturmangriffe zurück und drangen auf neue vor. Am Rande des Dorfes Suzan haben die Schotten sich des Parks und des Schlosses bemächtigt und haben ihre Stellungen trotz wiederholter Anstrengungen der Deutschen, sie daraus zu vertreiben, behauptet. Östlich von Fleury-Dule und Gully le Chateau überschritten wir die Straße nach Chateau-Thierry. Wir haben Grand Rogay und Eganah erobert und nahmen im glänzenden Anlauf den Chalmont-Hügel, 450 Gefangene blieben in unserer Hand. Auf dem rechten Ufer des Durcq erweiterten wir unseren Geländegewinn östlich von Fere-en-Tardenois und drangen in Sergy ein. Weiter südlich fiel Nonchères in unsere Hand. Auf unserem rechten Flügel überschritten wir die Straße Dormand-Reims südlich von Villers-Agron und gewannen westlich von Migny und St. Euphrase an Boden. In der Champagne blieb ein deutscher Angriff in der Gegend südlich des Mont-Sans-Rom ohne Erfolg.

Amerikanischer Bericht vom 29. Juli. Schwere Kämpfe jenseits des Durcq, Sergy, das viermal den Besizer wechselte, verblieb in unseren Händen.

Die feindlichen Angriffe gegen die Front Hartennes—Fere en Tardenois und südwestlich von Reims.

Berlin, 30. Juli 1918, abends. Amtlich. Nach seiner Niederlage am gestrigen Tage verhielt sich der Feind heute ruhig.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 30. Juli 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Nege nächtliche Erkundungsstätigkeit. Teilangriffe der Engländer in Gegend Meris (nördlich der Yve) und beiderseits von Arette (südlich von Arras) wurde abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Kampffront griff der Feind unsere neuen Linien nördlich des Durcq und unsere Stellungen auf den Waldhöhen südwestlich von Reims mit starken Kräften an. Franzosen, Engländer und Amerikaner wurden unter schweren Verlusten für den Feind auf ihrer ganzen Angriffsfront zurückgeworfen. Der Schwerpunkt des feindlichen Angriffs war gegen die Front Hartennes—Fere en Tardenois gerichtet. Hier stürmten dichte Angriffswellen des Gegners am Vor- und Nachmittage immer wieder von neuem an. Vor und an unseren Linien, teilweise in unseren Gegenständen brach ihr Ansturm zusammen. Am Nachmittage behnte der Feind seine Angriffe über Fere en Tardenois nach Osten bis zum Walde von Reunier aus. Sie hatten ebensowenig Erfolg, wie Teilangriffe, die er am Morgen am Walde von Reunier, in den Abendstunden in breiter Front westlich von Sille-en-Tardenois führte. Südwestlich von Reims wiederholte der Feind zwischen Chambray und Brigny an einzelnen Stellen bis zu fünf Malen seine Angriffe und setzte sie bis zum späten Abend in heftigen Teilangriffen fort. Er wurde überall blutig abgewiesen. In der Champagne vertrieben wir südlich vom Fichtel-Berge den Feind aus Gräben, die er seit seinem Vorstoß am 27. 7. noch besetzt hielt und nahmen einen feindlichen Stützpunkt nördlich von Perthes.

Leutnant Doewenhardt errang seinen 46. Luftflieg. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 30. Juli. Amtlich wird verlautbart:

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz wirkungslos feindliche Feuerüberfälle und Störungsfeuer gegen rückwärtige Räume. Oberleutnant Linte-Crawford erzielte seinen 27. Luftflieg. — An der albanischen Front erneuerte der Feind seine Angriffe gegen unsere Stellungen am südlichen Sement-Ufer und auf dem Höhenrücken des Wali Silowes. Von unseren Truppen, die teils durch zähen Widerstand, teils intakterem Gegenangriff alle Anstrengungen der Angreifer zunichte machten, verdienen das Budapest Landsturmabteilung Nr. 3 (29) und das oberungarische (Kassier) Grenzgärbataillon Nr. 3 besonders hervorgehoben zu werden.

Der Chef des Generalstabes.

Französischer sozialistischer Landesparteitag.

Amsterdam, 30. Juli. (L. H.) Aus Paris wird gemeldet: Der Nationalrat der sozialistischen Parteien hat am 28. Juli seine Sitzungen eröffnet. Es wurden Reden gehalten, doch keine Beschlüsse gefaßt. Abgesehen von dem Konflikt zwischen den Mehrheitssozialisten, Zentristen und Minderheitssozialisten zeigt bei den Mehrheitssozialisten die Gruppe der Parteigänger von Barenne und Thomas Reigung, sich zu trennen. Der Sprecher der Zentristen, Cachin, erklärte in seiner Rede, daß seine Gruppe geneigt sei, mit den Minderheitssozialisten einen Block zu bilden, so daß die Leitung der Partei in die Hände dieses Blocks kommen werde.

Aus verschiedenen Mitteilungen geht hervor, daß die Kommission, der die Ausfertigung der Resolutionen obliegt, 17 Mehrheitssozialisten, 4 Zentristen und 19 Minderheitssozialisten zählt. Aus diesem Grunde und im Hinblick auf verschiedene andere Anzeichen hält man es nicht für undenkbar, daß die anzunehmenden Resolutionen die Bewilligung des Stats in Gefahr bringen werden. Fest steht, daß sich die Kommission weigert, die Intervention der Alliierten in Sibirien zu genehmigen, wie diese jetzt ausgedeutet wurde. Bestimmt werde sie sich endlich für eine Propaganda zugunsten der Ausfertigung von Pässen zum Zwecke des Besuchs einer internationalen Konferenz erklären. Diese Entscheidungen würden der Resolution entsprechen, die unlängst auf der Konferenz der Seinesöderation die Mehrheit erzielte. Die Gruppe Bonquet überfüllte dort die Gruppe Renaudel.

Der Hechtsfeldzug gegen die Sozialdemokratie.

„Die ganze Arbeit“ der Kaiserstreuen.

Eigentlich sollte an dieser Stelle heute, am 31. Juli, ein Rückblick auf die vergangenen vier Kriegsjahre erscheinen. Was die Arbeiter, die vaterlandlosen Gefellen in diesen vier Jahren für das Reich getan haben, wie die Sozialdemokratie mit Wort und Tat für die Landesverteidigung eingetreten, und wie notwendig es ist, auch weiter zusammenzutreten, um die ungeheure, allzulange unterschätzte Koalition der Gegner in Schach zu halten, bis der weitere Bestand des Reiches durch einen ehrenvollen Frieden gesichert ist — darüber hätten wir hier gerade heute gern manches Notwendige und vielleicht Nützliche gesagt.

Da fliegt uns aber wieder einmal eines jener Flugblätter auf den Tisch, die in diesem fünften Kriegsjahr die deutsche Luft wie Heuschreckenschwärme zu erfüllen scheinen, und zwingt die Gedanken in andere Richtung. Vor wenigen Tagen haben wir den Geheimauftrag des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ veröffentlicht, der die Kriegsmillionäre zum Kampf gegen das arbeitende Volk mobilisieren will. Gestern leuchteten wir in die geheime Tätigkeit eines sogenannten „Deutschbundes“ hinein, der sich den Kampf gegen „Sozialdemokratie, Ultramontanismus und Judentum“ im Ausland zur Spezialität gemacht hat. Heute müssen wir uns mit einem Aufruf jenes „Bundes der Kaiserstreuen“ befassen, der sich selbst als die innerpolitische Ergänzung der „Vaterlandspartei“ bezeichnet. Er hat folgenden Wortlaut:

Berlin-Schöneberg, Vorbergstr. 4. Sommer 1918.

Deutsche!

Die Sozialdemokratie, dem deutschen Wesen fremd wie ihr Name der deutschen Sprache, rüstet zur Entscheidungsschlacht. Millionen zählt das Heer der Freigeleiteten, trefflich sind sie organisiert, überreich mit Munition versehen. Seit etwa Jahresfrist zählen die sozialdemokratischen Arbeiter an ihre Kräfte jede Woche je 250 RM. Das macht, wenn man die in der Heimat zurückgelassenen sozialdemokratischen Arbeiter nur auf eine halbe Million einschätzt, im Jahr insgesamt 65 Millionen Mark! Unterstützung wird ihnen durch die 600 Millionen Dollars = 2400 Millionen Mark, die in Nordamerika gesammelt wurden, um durch Erregung von Parteihader und Zwietracht die innere Kraft des deutschen Volkes zu lähmen.

Scheidemann hat im „Vorwärts“ den Hechtsfeldzug verkündet und dem Wort die Tat auf dem Fuße folgen lassen, indem er die Ablehnung der Wahlrechtsvorlage mit der Verringerung der Proportionalität zu einem alten Frei zusammenführte. Erzberger brant nach demselben Rezept seine Artikel in der „Germania“. Die Regierung Weismann Hollwegs hat der Sozialdemokratie durch die Osterbotschaft die denkbar günstigste Lage geschaffen. Die Rechte der Krone wurden verschleudert. Die Regierung selbst leitete die Demokratisierung Preußens ein, der diejenige der anderen deutschen Bundesstaaten unmittelbar auf dem Fuße folgen wird. Widmark nannte die Demokratie die Vorstufe der Sozialdemokratie. Er hatte recht. Die Demokratisierung Deutschlands wird die Vorstufe der Sozialdemokratisierung sein. Das alte Preußen, das alte Deutschland, auf monarchischem Boden erwachsen und seinem ganzen Wesen nach monarchisch durch und durch, wird zugrunde gehen. An seiner Stelle wird ein republikanisches Staatswesen entstehen, das haltlos schwankend, ohne festen Boden unter den Füßen, zum Spielball der feindlichen Mächte herabstinken wird, wie der Deutsche zum Lohnslaven fremder Industrie und fremden Handels!

So wird und muß es kommen, wenn nicht das deutsche Volk mannhaft und kraftvoll dem drohenden Unheil sich entgegenstemmt! Von den Vereinigungen, welche außerhalb des Rahmens der vaterländischen Parteien zum unbegrenzten Kampf gegen die inneren Feinde begründet wurden, führen die meisten, sich als Selbstzweck betrachtend, ein friebliches Schlummerdasein. Nur wenige kämpfen tatkräftig gegen das verderbbringende Treiben, unter ihnen an erster Stelle unser Bund der Kaiserstreuen.

Wir haben durch die Massenverbreitung unserer Denkschriften in sämtlichen Schichten des Volkes Licht auf die geheimen Triebfedern der Volkverführer geworfen. Wir streiten für die Rechte der Krone, wo es sein muß, auch gegen die Regierung.

Wir haben die freiwilligen und unfreiwilligen Bundesgenossen unserer Feinde auf das heftigste bekämpft. Wir haben nachweislich unseren Anteil daran, daß

in Preß-Litowst eine Wendung zum Besseren, wenn auch nicht zum Guten — dazu war es zu spät — eintreten konnte. Wir haben unseren Anteil daran, daß Valentini gehen mußte, der die Behauptungen, die Wahrheit zum Lüge

bringen zu lassen, zu bereiten wußte. Wir haben unseren Anteil daran, daß Herr von Kühlmann, der Hauptvertreter jammervoller Politik der Schwäche und Nachgiebigkeit, dem

taikräftigen Admiral Dinge

weihen mußte.

Der Bund der Kaiserstreuen hat bewiesen, daß er ganze Arbeit macht und wert ist, daß alle wahren Vaterlandsfreunde ihm zur Seite stehen.

Wir laden Sie ein, unserem Bunde beizutreten, nicht um unserwillen, denn wir sind nur Mittel zum Zweck, sondern um dieses Zweckes, um der Rettung des heiliggeliebten Vaterlandes aus der furchtbaren Gefahr willen!

Für den Vorstand:

von Knobelsdorff, Major z. D., Vorsitzender.

Dr. jur. Friedrich Karbe, Direktor der Deutschen Anstaltsgesellschaft, Mitglied des Reichstages, Landtagsabgeordneter, Berlin.

Für den Ehrenaußenrat:

v. Bock, Rittergutsbesitzer und Landbesitzer, Dombrowitz, Baron Digeon v. Monteton, Generalkapitän z. D., Hannover, Freiherr v. Doernberg, Hptl. Kammerherr, Cassel, v. Dücker, Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer auf Buchwalden, Roeder, Hptl. Preuß. Kommerzienrat, Freiburg a. Nistrut, Daase, Major, Dürer, Dr. med. Sampa, Schwerin, Major a. D., Rittergutsbesitzer Frhr. von Kalkreuth auf Dohrenwalde, Keil, Regierungsrat, Hauptm. v. R. Bromberg, Dr. Kirchhoff, Fabrikdirektor, Lichterfelde, Dr. Ing. Lindemann, Kommerzienrat, Göttingen, v. Hildebrand, Dr. jur., Eisenach, Freiherr v. Roeschke, Hptl. v. Hildebrand, General der Infanterie z. D., Oberwalde, v. Nachrich, Rittergutsbesitzer, Buchsow, Freiherr v. Pichn-Kopitzow, Freiherr v. Puttkammer, Niemce, Schulz-Semken, Königl. Kommerzienrat, Semken, Spengel, Geh. Hofrat, ord. Prof., Pöthen, Sturmann, Direktor, Godeberg, Trübschler v. Falkenstein, Königl. Hptl. Kammerherr und Oberhofkammermeister a. D. auf Irchingen, Fr. v. Nitzmann, Strickberg.

Wäre es wahr, daß in Amerika Geld gesammelt wird für diejenigen, die im deutschen Volk Parteihader und Zwietscherer erregen, wer hätte darauf wohl besseren Anspruch als der „Bund der Kaiserstreuen“, der den Übergang Deutschlands in das fünfte Kriegsjahr mit einer solchen Leistung feiert?

Generäle und andere hohe Offiziere, Freiherren, Götter, Rittergutsbesitzer, Kammerherren, selbst ein Prediger der christlichen Liebe — sie haben dieses Dokument des toblüchigen Hasses, der schamlosen Lüge, der irrsinnigen Verleumdung mit ihren glänzenden Namen geschnitten. Sie schrecken nicht davor zurück, den offenkundigsten Ansturm über die öffentlichen und die geheimen Einnahmen der Sozialdemokratischen Partei zu unterzeichnen, der, wie man glauben sollte, in beiden Teilen bei den fähigen Menschen nur Gelächter erregen kann.

Wir deutschen Arbeiter, wir deutschen Sozialdemokraten tragen den Haß, den Alldeutsche, Vaterlandspartei und sogenannte „Kaiserstreue“ auf das deutsche Volk geladen haben, mit. Weil wir trotz alledem zur Verteidigung unseres Landes stehen, werden wir draußen in aller Welt verkannt und verleumdet. Und hier im Inland wagen es solche Elemente der allerbesten Gesellschaft uns des geheimen Einvernehmens mit einer feindsinnigen Propaganda zu bezichtigen, die den Sturz Deutschlands durch Förderung des inneren Zerfalls vorbereitet!

Der Geist, der sich in solchen Treibereien offenbart, ist eine öffentliche Gefahr. Man beurteilt das „Kaiserstreue“-Dokument immer noch sehr nachsichtig, wenn man es als Produkt der Nervenzerrüttung betrachtet, die in gewissen Kreisen infolge der langen Kriegsdauer eingetreten ist. Solche Nervenzerrüttung wirkt aber ansteckend, das Endergebnis muß eine allgemeine Verheerung und Vergiftung werden, wie sie ein Volk selbst in Friedenszeiten kaum ungefährdet ertragen kann.

Die „Kaiserstreuen“ begnügen sich jedoch nicht, andere zu verleumden, sie brüsten sich selbst mit ihren Lügen. Sie haben in West- und Ostpreußen eine Wendung zum Besseren bewirkt, sie haben den Haß des kaiserlichen Zivilkabinetts Valentini beseitigt, sie haben mit Kühlmann das gleiche getan und ihn durch den „taikräftigen Admiral v. Dinge“ ersetzt. Sie im Bunde mit der „Vaterlandspartei“, deren „innerpolitische Ergänzung“ sie sind! Was der Reichstag nicht darf, ohne daß ein Betrugsgeschrei über „verlechte Kronrechte“ erhoben wird, das dürfen sie: Friedensverträge fertigieren, Minister stürzen und durch andere ersetzen und den Personenkreis verändern, mit dem der Träger der Krone umgeben ist. Sie dürfen das, die königlichen Kammerherren, die Generale a. D., die Freiherren, die Rittergutsbesitzer, die Warren.

Genug für heute, es ist der 31. Juli, und morgen beginnt das fünfte Kriegsjahr. Ja, wir verteidigen unser Land, aber wahrlich, wir verteidigen es nicht für Euch!

Nichts soll uns irren machen, wir tun unsere Pflicht. Aber wir werden nicht vergessen, was nach dem Kriege für die Befreiung unseres Volkes noch zu tun ist!

Rando, Kühlmann und Czernin.

Der gute Oberst Rando war ganz gewiß auf seine Berufung zum Courier des österreichischen Kaisers an den König von Rumänien stolz und hat es sich in jenen Tagen des Hochgefäßes sicher nicht träumen lassen, daß er noch einmal der Gegenstand wenig Bundesfreundlicher Ausfälle in den deutschen und österreichischen Zeitungen sein werde.

Der erbitterte Streit geht darum, ob die verantwortlichen deutschen Staatsmänner von dem österreichischen Schritt in Jassy unterrichtet gewesen seien. In Oesterreich heißt es „Ja!“ in Deutschland „Nein!“. Der Hintergrund des Wortgeschlages ist für die innere und äußere Politik Rumäniens nicht gleichgültige Frage, ob die Rettung des rumänischen Königspaares durch Oesterreich vorteilhaft war oder nicht.

Ran hat auch Graf Czernin das Wort ergriffen. Im österreichischen Herrenhaus erklärte er im Laufe der Debatte über das Budgetprovisorium, gegenüber der unrichtigen Darstellung in einem Teil der „Auslandspresse“, daß der Schritt des Kaisers beim rumänischen König auf seinen Rat und unter seiner vollen ministeriellen Verantwortung erfolgt sei. In West- und Ostpreußen hat er aus guter Quelle die Nachricht erhalten, daß der König von Rumänien seine Isolierte und daher hoffnungslose Lage zu verlassen beginne und einen Weg suche, um sich mit Kaiser Karl in Verbindung setzen zu können. Ich teile, fuhr Graf Czernin fort, diesen Wunsch des rumänischen Königs Herrn Staatssekretär von Kühlmann mit und riet dem Kaiser zu dem Schritt, der seitdem bereits bekannt wurde. Er hatte den Erfolg, daß der letzte Vergewissungskampf der Rumänen vermieden und ein sofortiger Frieden herbeigeführt wurde. Es sei nun Aufgabe der Diplomatie, unter schweren eigenen Opfern den Kampf bis zur vollen Vernichtung des Gegners weiterzuführen, sondern sobald wie möglich einen ehrenvollen Frieden zu erreichen.

Diese Erklärung muß höchst vorsichtig gelesen werden. Graf Czernin teilt Herrn v. Kühlmann nur den Wunsch des rumänischen Königs nach einer Verbindung mit dem österreichischen Kaiser mit, nicht aber, daß ein Oberst direkt von den österreichischen Linien nach Jassy unterwegs sei. In einer solchen Erklärung wäre Graf Czernin aber auch nur dann im strengen Wortsinne verpflichtet gewesen, wenn sich Herr v. Kühlmann nach der Stellung des Wiener Hofes zu der Anfrage aus Jassy erkundigt hätte. Ob das der Fall war, wird, wenn nun schon die wenig erfreuliche Affäre ausgeklüppelt werden soll, Herrn v. Kühlmann zu erklären überlassen bleiben müssen.

Die Berliner russisch-deutschen Verhandlungen.

Am 25. Juli erschien in der deutschen Presse die Mitteilung, daß bei den Verhandlungen der in Berlin eingetroffenen Abordnung der Sowjet-Regierung mit der deutschen Regierung über den Brester Friedensvertrag in sämtlichen Punkten eine Einigung erzielt worden sei. In Wirklichkeit gehen laut P. L. A.-Meldung nur die Besprechungen wegen ökonomischer und finanzieller Uebereinstimmung ihrem Ende entgegen, können aber selbstverständlich erst dann sanktioniert werden, wenn auch in politischer Hinsicht eine Einigung stattgefunden hat. In den politischen Hauptfragen, wie z. B. über das Don- und Kubangebiet sowie den Kaukasus (d. h. die nach dem Brester Friedensvertrag von deutschen Truppen besetzten Territorien) ist es noch zu keiner Einigung gekommen. Die Sitzungen der russisch-deutschen Kommission für politische Fragen haben noch gar nicht begonnen, es fanden vielmehr nur politische Vorbesprechungen statt, um den beiderseitigen Standpunkt festzustellen.

Irland, Wilson und die englischen Liberalen.

Der Antrag der irischen Nationalisten abgelehnt.

Die gestern erwähnte Entschließung Dillons, die die irische Politik der Regierung unter Hinweis auf Wilsons Rechtsprinzipien mißbilligt wurde mit 245 gegen 108 Stimmen abgelehnt.

Dillon hatte beantragt, die Angelegenheit solle Wilson zur Regelung vorgelegt werden, aber Asquith machte darauf aufmerksam, daß, da die Premierminister der Dominion es ablehnten, sich mit einer derartigen Sache zu befassen, es zweifelhaft sei, ob Wilson, raslos mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt, sich einer Aufgabe unterziehen werde, die schon vorher so viele Leute in die Irre geführt habe.

Diese Angst, daß Wilson sich in der Irrenfrage „irren“ Wante, fordert den Hohn der Satire heraus. Köstlich, wie diese Liberalen den amerikanischen Völkerrightsverkämpfer davor schätzen, einmal ernsthaft beim Wort genommen zu werden, und zwar in einer Frage, die nicht bloß für England, sondern auch für die Vereinigten Staaten praktische politische Bedeutung hat.

Asquith erinnerte weiter an die wiederholten Versuche, einen Ausgleich in der Irrenfrage zu erzielen, und regte an, es sollten weitere Versuche gemacht werden. Also Fortsetzung der unhaltenden Wurfschelke, bloße Politik des Schleiens auf die unendlich lange Bank. Trotz des irischen Blutes, das diese Politik in den letzten Jahren wiederum gelöst hat!

Mit der Hilfe von liberaler Seite, die dem Antrage Dillons schon als möglich angedeutet worden war, ist's also nichts gesehen. In der Irrenfrage bleiben die englischen Liberalen so verstockt wie die englischen Konservativen. Auch die bleiben ihr Vorkenntnis zur Sache nicht schuldig. Bonar Law sagte, wie sie's meinen. Er suchte die Angelegenheit mit echtem Adoolatenkniff aus dem Wege zu schieben. Er betonte, wenn die Nationalisten das Recht der Selbstbestimmung für sich forderten, so möge Ulster das gleiche Recht gewährt werden; die Schwierigkeiten beständen nicht zwischen Engländern und Iren, sondern zwischen Iren und Iren. Neuer melde schließlich, die Erweiterung sei ohne Zwischenfall verlaufen. Diese Feststellung klingt verdächtig.

Die Abstimmung entsprach der Debatte. Die Stimmenzahl zeigt nicht von liberaler Unterstützung. Vielleicht hat die Resolution Dillons nur von arbeiterparteilicher Seite stärkere Unterstützung erhalten.

Die Gegenrevolution.

Die Abreise der Völkshafter aus Wologda.

Moskau, 27. Juli. (P. L. A.) Die Sowjetregierung hielt das weitere Verweilen der Gesandten der Entente in Wologda für unmöglich, da die Sowjetartillerie im Falle eines konterrevolutionären Aufstandes, wie in Jaroslaw, nicht die Möglichkeit gehabt hätte, die Wohnungen der Gesandten zu schonen. Ministerialdirektor Radel besuchte Wologda und schlug den Völkshaftern der Entente vor, nach Moskau zu übersiedeln. Die Gesandten haben vorgezogen, Wologda zu verlassen, jedoch bleiben ihre Kanzleibureaus geöffnet, um zu zeigen, daß die Abreise der Völkshafter keinen Bruch bedeutet.

Der diplomatische Vertreter Großbritanniens in Moskau hat dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten eine Note überreicht, in welcher er erklärt, daß es nicht zutrefte, daß in Kemj Vertreter des dortigen Sowjets erschossen worden seien. Er habe jedoch eine diesbezügliche Mitteilung vom großbritannischen Völkshafter aus Wologda erhalten. Demgegenüber hält der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten in den „Iswestija“ seine Beschuldigung aufrecht und erklärt, daß sich in seinen Händen Material befinde, welches u. a. auch die Aussage dreier Zeugen der Erschießung enthält.

Moskau, 28. Juli. Die „Iswestija“ meldet, ist wegen der Erschießung von Rätemitgliedern in Kem eine Kommission nach Murman gereist, die beauftragt hat, daß der Rat in Kem verjagt und die Mitglieder erschossen wurden. Die Kommission brachte viel Material über die Vorbereitungen der Engländer an der Westküste des Weißen Meeres mit, das bald veröffentlicht wird.

Moskau, 28. Juli. Nach einer „Pravda“-Drachung aus Wologda haben sich dort gegen 2000 aus der Ukraine kommende Polen angesammelt, die nach dem Murmangebiet wollen. Unter ihnen sind viele politisch Verdächtige, alle leben auf Kosten der französischen Gesandtschaft.

Jaroslaw, 27. Juli. (P. L. A.) In den nächsten Tagen wird die Eisenbahnverbindung zwischen Moskau, Wologda über Jaroslaw wieder hergestellt.

Eine „Nagareus“ gezeichnete Drachmeldung aus Petrosawodsk meldet die Hungertode, halbnackter Bahnarbeiter der Murmanbahn von den Verhandlungen der Engländer und Franzosen. Ran-

schätzt die Zahl der Flüchtlinge auf 15 000, für die Verpflegung und Unterkunft gefordert worden ist.

Die Kämpfe.

Moskau, 27. Juli. (P. L. A.) In Samara, der Hochburg der tschecho-slowakischen Bewegung spielt sich die Lage täglich zu. Es fehlt an Nahrungsmitteln und Geldzeichen. Sämtliche Zufuhren von auswärts haben aufgehört. Die Läden sind geschlossen. Die Fabrikbesitzer können ihren Arbeitern keinen Lohn ausbezahlen. Ein Delegierter der bürgerlichen Verwaltung von Samara versuchte vergeblich, bei der sibirischen Regierung Hilfe zu erbitten. Ferner wird über Mißbilligungen zwischen den Tschecho-Slowaken und den Bürgerlichen und den Menschewiki mitgeteilt. Es wurden seitens des tschecho-slowakischen Stadtkommandanten Riband Repressivmaßnahmen gegen die menschewistische Zeitung „Beischernaja Sanja“ angewendet, weil diese sich abfällig über das Benehmen der Tschecho-Slowaken in Samara geäußert hatte.



Woronesch, 27. Juli. (P. L. A.) Komitees von armen Bauern werden organisiert und beginnen mit dem gemeinsamen Ausschalen des Getreides. Das Gouvernements-Verpflegungskommissariat hat eine ganze Reihe tüchtiger Spezialisten angestellt. Der technische Apparat beginnt zu arbeiten. Die neue Ernte wird 20 Millionen Pud Ueberschuß geben.

Moskau, 28. Juli. Im Abschnitt Woronesch in der Richtung Jewstrow fanden Zusammenstöße mit Kadmaten statt, die die Demarkationslinie überschritten, Lebensmittel requirierten und Rätemitglieder verhafteten. Im Abschnitt Korkaukasus in der Richtung Ufa-Medwediz gingen 300 Eingeborene zu den Räte-truppen über. Diese nahmen 11 Gefisste.

In der Richtung Bugulma sprengten die Tschechen die Bahn bei Briandino im Rücken der Räte-truppen, die zum Weichen gezwungen wurden und zwei Geschütze und mehrere Maschinengewehre zurückließen. Am Westural-Abchnitt mußten die Räte-truppen überlegenem Druck weichen.

Moskau, 28. Juli. Die Presse meldet: Im Uralmilitärbezirk wurden Kommunistenabteilungen gebildet und an die Front geschickt. Laut Nachrichten aus Tscheljabinsk haben die Tschechen in Omsk die Mobilisierung der Jahrgänge 1912-20, in Kurgan derjenigen von 1917-1919, unter hartem Protest der Arbeiter und Bauern befohlen. Die Annahme von Postsendungen nach Sibirien ist angesichts der Kriegslage eingestellt. Das Postkommissariat fordert zu unverzüglicher Bestellung aller 1896 bis 1897 geborenen Telegraphenbeamten und der 1893-1897 geborenen Angestellten, die in Artillerie- und Genietruppen gedient haben, auf.

Ein Weißgardisten-Kaufmann in Wostok wurde im Heim unterdrückt.

Ostibirien.

London, 30. Juli. (Reuter.) „Daily Mail“ erfährt aus Wladiwostok vom 27.: In ihrer Antwort an die vorläufige Regierung Sibiriens erklärte die englische Regierung, daß ihre Ziele auf die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Rußlands, sowie die Vertreibung der feindlichen Streitkräfte ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten gerichtet seien.

Amsterdam, 30. Juli. Aus Wladiwostok wird vom 27. Juli gemeldet: Die Tschecho-Slowaken haben Smalopska, 200 Werst nördlich von Nikolajewsk, besetzt. Sie eroberten eine Anzahl Maschinengewehre, erbeuteten Granaten, Bomben und Apparate für giftige Gase und 200 000 Patronen.

In einem soeben veröffentlichten Programm des Generals Korbat wird allen Beamten der Verwaltung des Gerichts, der Finanzen und anderer Departements in der See-proving empfohlen, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen und sich erforderlichenfalls an Horvats Kabinett zu wenden. Da die Befugnisse vieler Departements seit Monaten nicht feststehen, so glaubt man, daß dieser Befehl Reinigungsverschiedenheiten zwischen Horvat und den anderen vorläufigen Regierungen in Sibirien herausbeklären werde. Zurzeit werden Wahlen für den Gemeinderat abgehalten. Die drei Parteien, die sich gebildet haben, sind: 1. die Volkswirtschaften, die für die Wiederherstellung des Sowjets eintreten; 2. die gemäßigten Sozialisten, die die vorläufige Regierung unterstützen; 3. die Kadetten, die Horvat ihren Beistand zusichern.

Berlin, 27. Juli. (P. L. A.) Die „Iswestija“ des Permischen Raits teilt mit, daß unter den Kasaken des Semensow, die sich augenblicklich in Mongolien befinden, ein Aufstand ausgebrochen ist, der mit der Ermordung von Offizieren und dem Uebertritt von 3000 Kasaken auf die Seite der Sowjettruppen endete.

Baku.

Straschn, 27. Juli. Aus Baku wird gemeldet: Kom General Andronikow ist ein Radiotelegramm eingetroffen, in dem er seine vollkommene Unterwerfung unter die russische Zentralmacht bekundet.

Aus Baku wird berichtet, daß die Sowjettruppen unter dem Schutz eines Panzerzuges mit der Getreideernte in der Frontlinie begonnen haben. Das Getreide wird in Garben gebunden, in Eisenbahnwagen verladen und nach der Stadt gebracht. Auf der Station Bakuriani haben sich etwa vierzigtausend armenische Flüchtlinge angesammelt. Unter ihnen herrscht große Not.

Moskau, 28. Juli. Nach einer Meldung aus Baku veranstalteten die Kadetten dort große Manifestationen aus Anlaß ihrer Einberufung in die Rote Armee.

Groß-Berlin

Sofortige Einforderung der Kleiderbestandsliste.

Zerstückelt ist in der Presse die Meldung verbreitet worden, daß die von der Reichsbeleidigungsstelle angeordnete Einforderung der Bestandsverzeichnisse durch die Kommunalverbände erst nach dem 15. August stattfinden soll. Der 15. August ist der letzte Termin zur Ablieferung der von den Kommunalverbänden gesammelten Anzüge. Die Kommunalverbände müssen sofort und ohne Verzug die Bestandsverzeichnisse von ihren abgabefähigen Einwohnern einfordern, die bisher freiwillig dem Aufruf zur Abgabe eines getragenen Anzuges noch nicht nachgekommen sind.

Die neue Brotration.

Das Landesgetreideamt hat den Kommunalverbänden mitgeteilt, daß vom 1. August ab die Tageskopfmenge an Mehl für die versorgungsberechtigte Bevölkerung bis auf weiteres auf 200 Gramm festgesetzt wird. Stredungsmittel werden für die Dauer dieser Aktion nicht gewährt. Die Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter bleiben die gleichen wie bisher. Vom 19. August ab sind an Reichsbrotmarken für jeden Reisetag je 5 Stück auszugeben über zusammen 250 Gramm Gebäck.

Diese Anordnung für den Beginn des neuen Kriegswirtschaftsjahres darf nur als vorläufige gelten, da die Ernte noch im Gange ist und die Ernteschätzungen daher noch nicht vorliegen können. Es ist bei dem zu erwartenden guten Ausfall der Getreideernte damit zu rechnen, daß bald wieder die alte Tageskopfmenge von 220 Gramm Mehl erreicht werden wird. Gegenwärtig beträgt der Tageskopflager 160 Gramm Mehl, dazu treten aber Stredungsmittel von etwa 20 Gramm, so daß für die Brotverfertigung insgesamt etwa 180 Gramm zur Verfügung stehen. Der Lebensmittelverband Groß-Berlin wird Ende dieser Woche zu einer Sitzung zusammen treten, um im Anschluß an die vorläufige Festsetzung des Mehlanteils die Brotverfertigung für Groß-Berlin zu regeln.

Die Eierlieferung stockt.

Infolge der Erschwerung des Abtransports aus der Ukraine sind in der Beförderung der umfangreichen Eierlieferungen erhebliche Verzögerungen eingetreten, die die fortlaufende Versorgung der Einwohnerstadt Berlins beeinträchtigen. Die Eierhändler können daher die eingetragenen Kunden auf Abschnitt 49 der Eierliste bis auf weiteres nicht nach Wunsch befriedigen. Das wird jedoch sofort nach Eingang der Zufuhren geschehen.

Massenflüchtling in einer Laubenkolonie.

Auf dem Südgelände Schönebergs hat eine Massenflüchtling von Laubland starke Erregung unter den Kleinpächtern hervorgerufen. Sämtlichen Pächtern, etwa 3000, ist von den Generalpächtern auf Anordnung des Schöneberger Magistrats zum 1. November gekündigt worden. Als Grund wird angegeben, daß die Stadt das Gelände für bauliche Erschließung vorbereiten muß, damit die drohende Wohnungsnot durch Errichtung von Kleinwohnungsbauten gemildert werden kann. Eine vom Verband der Laubenkolonien Berlins und Umgebung einberufene Versammlung (im „Schwarzen Adler“), die sehr gut besucht war, erhob Einspruch gegen die Kündigungen. Herr Thielicke, Mitglied des Verbandsvorstandes, bestritt in seinem Vortrag die Notwendigkeit, gerade mit diesem Gelände den Anfang zu machen. Hier würden die Häuser so teuer werden, daß Winterbewohner die Wohnungen nicht bezahlen könnten, so daß für die von Wohnungsnot bedrohten Volksschichten nichts herauskäme. Ein Bericht behauptete, daß bei dem Erschließungsplan, der nur das bauliche Land mehren sollte, der Grundstückspekulator Haberland seine Hand im Spiele habe. Die Zerstörung der Laubenkolonien sei um so verwerflicher, weil in der Kriegszeit mit ihrem Nahrungsmangel die Arbeit der Laubenkolonisten und ihr Ertrag noch ganz anders als in Friedenszeiten ins Gewicht falle. Es lasse sich berechnen, daß auf dem Südgelände die Laubenkolonien in ihren wichtigsten Erzeugnissen einen Jahresertrag brägen, dessen Wert nach jetzigen Preisen auf mindestens 1 1/2 Millionen Mark anzuschätzen sei. Scharf wandte sich der Redner gegen das Verfahren, den Pächtern für den über die Vertragsdauer hinausreichenden Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 1. November noch ein Zwölftel der Jahrespacht abzufordern, obwohl ihnen in dem Monat, nur die Abräumung ihres Landes möglich ist. Er bezeichnete den Magistrat als „geriebene Geschäftsmann“ und erklärte, er selber werde für die vier Wochen nichts mehr bezahlen. Herr Thielicke legte eine Entschädigung vor, in der die Laubenkolonisten ihre Enttäuschung ausdrücken und eine Kommission beauftragen, mit dem Magistrat Schönebergs und auch mit der Leitung des Zweckverbandes zu verhandeln, um die Kündigung rückgängig zu machen. In der Erörterung, an der sich viele Redner beteiligten, wurde immer wieder betont, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit die Laubenkolonien zu schonen und zu schützen sind. Erwähnt wurde, daß auf dem Südgelände, das der Stadt nur zum Teil, zum größeren Teil privaten Eigentümern gehört, auch eine dem Bebauungsplan anzuwendende und von der Stadt durchzuführende Umlegung der Grundstücke im Gange ist. Nur deshalb soll formell allen Laubenkolonisten gekündigt werden, weil sich noch nicht überleben lasse, wer auf künftigen Straßenland sitzt. Auch der neue Stadtbaurat Wagner, den man mitverantwortlich machen zu müssen glaubt, ergriff das Wort. Wohnungsmangel stehe bevor, Wohnungsbauten seien nötig, aber von sofortiger Bebauung des ganzen Südgeländes könne keine Rede sein, und Herr Haberland habe damit nichts zu tun. Nur ein kleiner Teil der Kolonisten müsse der Anlegung einiger Hauptstraßenzüge weichen und soll anderwärts Land erhalten, wobei vom Magistrat weitestgehend Entgegenkommen zu erwarten sei. Herr Thielicke wies diese Antwort als nichtbefriedigend zurück, und die Versammlung nahm dann einstimmig die von ihm empfohlene Entschädigung an.

Die „Lagerstatt“ im Walde.

In Wäldern darf man Zelte nicht aufschlagen, wenn man nicht von der Forstverwaltung für das betreffende Gebiet eine Erlaubnis hierzu hat. Die Erlaubnis, der sogenannte „Zeltchein“, wird in der näheren und weiteren Umgebung Berlins für gewisse Waldungen erteilt, weil von den unter Zelten lagernden Ausflüglern eine besondere Feuergefahr zu befürchten sei. Im „Vorwärts“ wurde schon herabgehoben (in Nr. 200 und 204), wie sehr diese Erwägungen die Bevölkerung Groß-Berlins in dem Genuß ihrer Sonntagserholung beeinträchtigen. Jetzt teilt uns ein Wanderlustiger mit, was er an einem der letzten Sonntage in der Nähe des Viennawieses erlebte, als er sich mit einer Zeltbahn gegen den Regen schützen wollte. Einen Zeltstapel hatte er nicht, und ein solcher wird auch für die Waldung am Viennawiesee aus dem oben angegebenen Grunde nicht bewilligt. Kann es aber verboten sein, am Viennawiesee eine Zeltbahn überhaupt bei sich zu haben und sie irgendwo als Regenwiesee zu benutzen? Unser Wanderlustiger besaß eine Zeltbahn mit dem einen Ende an Säulen und mit dem anderen am Waldboden so, daß sie kein Zelt,

sondern nur eine hängende Schutzwand bildete. Aber da hatte er die Rechnung ohne den Gendarm gemacht, der an jedem Sonntag in den Morgenstunden am Viennawiesee erscheint und auf Zeltbewohner jagdet. Der befehrlte den seine Zeltbahn als Regenwiesee benutzenden Ausflügler, daß auch das verboten sei, weil er hiermit immerhin „eine Lagerstatt hergestellt“ habe. Der Inhaber dieser „Lagerstatt“ war nicht wenig verärgert über eine solche Auslegung des Zeltverbotes. Er ist neugierig, ob der Gendarm ihm daraufhin einen Strafbefehl besorgen wird. Von „Herstellung einer Lagerstatt durch Aufschlagen eines Zeltes“ ist gewöhnlich in den Strafbefehlen die Rede, mit denen schon so viele an Sonntagen unter Zelten lagernde Berliner überrascht worden sind. In dem geschilderten Fall dürfte es aber dem Gendarm schwer werden, mit seiner Auffassung durchzudringen, daß auch hier „ein Zelt aufgeschlagen“ worden sei. Nun steht nur noch, daß auch einer, der sich auf dem Waldboden ausstreckt und sich mit einer Zeltbahn zudeckt, aufgeschrieben wird und seine fünf Mark bleiben muß. Wer will befreiten, daß schon das „eine Lagerstatt herstellen“ heißt? Die Verbote der Behörden und der Aufsichtsbereifer der Beamten werden es dahin bringen, daß schließlich kein Erholungsbedürftiger aus Berlin und Vororten noch wagen kann, einen Fuß in den Wald zu setzen. Aber haben wir in Mietkasernen hausenden Großstadtbewohner überhaupt nötig, uns an Sonntagen in die Wälder hinauszufächeln, es uns da draußen im Moos bequem zu machen und uns bei Regen hinter einer Zeltbahn zu verstecken? Mühen wir den Gendarmen und Forstbeamten, die uns als lästige Summler taxieren könnten, in den Weg laufen und ihnen das Leben schwer machen? Nein, bleiben wir doch lieber in unseren vier Wänden, atmen wir die Stidluft unserer Höfe, die aus den nach behördlicher Vorschrift gestülften Abfalltöpfen zu uns heraufstinkt, und erhalten wir uns dabei „arbeitsfähig“ für die nächsten sechs Werktage! Will einer noch mehr — ?

Wer schützt die Kriegervwitwen?

In den in Nr. 200 veröffentlichten Betrachtungen über „Hauswirte und Kriegervwitwen“ äußert sich eine Kriegervwitwe aus Neukölln. Sie sagt, daß die Sorge um Wohnung und Miete auf den Kriegervwitwen noch schwerer als auf den Kriegervwitwen lastet. Selbst der geringe Schutz und Beistand, den man der Kriegervfrau gewährt, wird der Kriegervwitwe nur zu bald entzogen. Hat der Verteidiger des Vaterlandes sein Leben drangegeben, so gilt der Satz: Freie Bahn dem Hauswirt! Dem Hauswirt, der gegen eine Kriegervfrau mit Klage auf Zahlung von Mieteschuld oder auf Räumung der Wohnung vorgehen will, sind nur schwache Schranken gesetzt. Aber auch sie sinken in dem Augenblick, wo die Kriegervfrau zur Kriegervwitwe wird. Wie rasch kann die Kriegerv-

Die Opferpflicht für das Vaterland

verlangt von allen die Abgabe entbehrlicher Anzüge für die kriegswichtige Heimarmee und Landwirtschaft.

witwe dazu kommen, Miete schuldig zu bleiben! Wenn die Festsetzung ihrer Rente erledigt ist, hört die ihr bis dahin gewährte Weiterzahlung der Kriegervfamilienunterstützung auf. In der Regel hört gleichzeitig die Weiterzahlung der Mietebeiträge auf und hiermit auch die Gewährung eines Mietsenachlasses, so daß die Kriegervwitwe die ganze Wohnungsmiete aus eigener Tasche bezahlen muß. Läuft der Mietvertrag ab, so muß sie auch noch eine Mietsteigerung über sich ergehen lassen, damit das Unglück voll wird. Die Kriegervwitwe aus Neukölln hatte noch nicht lange die Nachricht von dem Tode ihres nach 3 1/2 Jahren Kriegsdienst gefallenen Mannes — da eröffnete ihr die Frau des selber im Felde stehenden Hauswirtes, daß sie die Wohnungsmiete von 27 Mark auf 32 Mark steigern müsse. Von den 27 Mark sind bisher 18,50 Mark durch die Mietebeiträge gedeckt worden, so daß die Kriegervfrau noch 18,50 Mark zu zahlen hatte. Als Kriegervwitwe soll sie künftig 32 Mark zahlen oder sie muß sich nach einer neuen Wohnung umsehen, die wahrscheinlich auch nicht billiger sein würde. Obenein hat die bedrängte Frau jetzt auch eine Mahnung erhalten, die im Laufe des Krieges aufgeschauften Mietschulden nun baldigst abzuführen. „Wer schützt uns Kriegervwitwen?“ fragt sie verzweifelt.

Ein Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet heute in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr, Eintrittspreis 30 Pf., Kasseneröffnung 7 Uhr.

Im Sportpark Treptow findet am kommenden Sonntag eines der größten deutschen Radrennen für Berufsfahrer, „Der große Preis von Deutschland“, statt. Das Rennen führt über 100 Kilometer.

Tanzenien-Palast. Das Filmmittel „Glandenstein“ erscheint von Freitag ab auf dem Spielplan. Außerdem sind Bilder von der Halbinsel Arim und Angriffe eines feindlichen Bombengeschwaders auf einen deutschen Flugplatz zu sehen.

Ein russischer Kriegsgefangener als Lebendretter. In Riederzschänkeide fiel ein neunjähriger Knabe, der am Spreurever angeht, ins Wasser und ging sofort unter. Ein bei der Firma Kreyer u. Wulfe beschäftigter kriegsgefangener Russe, der den Vorgang beobachtet hatte, sprang dem Knaben sofort nach und es gelang ihm auch nach großer Anstrengung, den Verunglückten zu retten.

Eine aufregende Diebesjagd gab es im Norden der Stadt. Einem Privatmann fiel ein Fuhrwerk auf, das von Weihensee herkam, vor einer Schanzwirtschast in der Weihenseeer Straße und dort allerlei Sachen ablad. Der Mann vermutete, daß Einbrecher ihre Beute mit dem Wagen nach Berlin gebracht hätten, und ging zur Polizei. Diese fand und beschlagnahmte in der Wirtschast denn auch für 20 000 Mark. Blauen, Anzüge und dergleichen mehr, die in einem Kaufhause in Weihensee gestohlen worden waren. Die Diebe entflohen und entliefen bis auf einen, einen Matrosen namens Baumann, der ebenso wie seine Helferhelfer in bürgerlicher Kleidung war. Eilig verfolgt, wandte sich Baumann auf der Hindenburgbrücke plötzlich um und gab mehrere Revolverkugeln auf den Verfolger ab, der ihm am nächsten gekommen war. Der Bedröhte fand Deckung hinter dem Eisengestütz und so verfehlten die Augen ihr Ziel. Dann ging die Jagd weiter nach der Schönbauer Allee. Hier sprang der Matrose auf einen Straßenbahnwagen. Der Verfolger, der den Wagen nicht mehr erreichen konnte, ersuchte jetzt den Führer eines Jagdwagens, der zufällig dahergefahren kam, dem Straßenbahnwagen zu folgen und den Flüchtigen anzuhaken. Baumann sprang am Haltpfad wieder ab. Unterdessen war der Jagdwagen an ihn herangefahren. Als der Führer ihn stellen wollte, griff Baumann wieder zum Revolver, schlug an und drückte ab. Jetzt versagte aber die Waffe. Der Führer forderte ihn nun auf, seine Waffe auszuliefern. Statt dessen schlug Baumann von neuem an. Jetzt kam ihm aber sein Gegner zuvor und machte ihn durch einen Revolvererschuß in die Weine widerstandsunfähig. Der Verletzte brach zusammen und wurde, als seine Persönlichkeit festgestellt war, nach dem Lazarett gebracht.

Töblicher Unfall einer Bahnbeamtin. Das Opfer eines Unglücksfalls ist die 34 jährige Frau Marie Hall aus Neukölln geworden, die auf dem Bahnhof Papestraße als Weichenstellerin Dienst tat. Gestern früh fanden Bahnbeamte sie auf dem Bahnkörper in der Nähe des Stellwerks vor dem Bezirkskommando in der General-Pape-Straße tot auf. Wie der hinzugerufene Bahnarzt feststellte, ist der Tod der Frau auf einen Schädelbruch zurückzuführen. Die Weichenstellerin ist offenbar von einem Zuge, wahrscheinlich dem Güterzuge 7846, angefahren und zur Seite geschleudert worden und hat bei dem Sturz sich die tödliche Verletzung zugezogen. Die Untersuchung über die Ursache des Unfalls ist eingeleitet.

Gasvergiftungen und kein Ende! Die Berliner und die Vorort-Feuerwehren hatten Montag wieder zahlreiche Gasvergiftungen zu verzeichnen. Unter anderem wurden Fälle aus der Siemensstraße 1, Pflowstr. 83 und Pflowstr. 73, ferner aus der Pflowstraße 88 und Linienstr. 96 gemeldet. An den beiden letzten Stellen waren leider wegen verspäteter Meldungen alle Bemühungen erfolglos.

Neukölln. Lebensmittel. Auf Abschnitt 40 und 50 der allgemeinen Lebensmittelkarte für Neukölln können 200 und 100 Gramm Graupen entnommen werden. Der Verkaufspreis beträgt für 500 Gramm Graupen 0,26 Mark.

Vom 1. August ab dürfen bis auf weiteres in den durch Plakate kenntlich gemachten Fisch- und Räucherwarengeschäften, sowie in den beiden städtischen Fischhallen Bergstr. 21 und Panierstraße 13 gegen Vorlegung der Neuköllner Warenbezugskarte abgegeben werden: auf Abschnitt 122: 1 Pfund Frischfisch und auf Abschnitt 123: 1/4 Pfund Räucherwaren.

Coppenick. Lebensmittel. Stadteitig verteilte Lebensmittel gelangen vom Donnerstag, den 1. August ab in den Lebensmittelhandlungen der Stadt zum Verkauf.

Kreis Niederbarnim. Gründung einer Siedlungsgesellschaft. Im Kreise Niederbarnim ist die Gründung einer großen Siedlung geplant unter Beteiligung der Regierung, der Provinz, des Kreises Niederbarnim, der Großbetriebe des Kreises und anderer Interessenten, besonders der Kommunen und Grundbesitzer. Der geringste Weichsanteil soll 10 000 Mark betragen. Die vorläufige Leitung dieses Planes hat der Geheimre Kommerzienrat von Borff übernommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zahlreiche Gemeinden der zu begründenden Genossenschaft beitreten, wenn bei der Zeichnung den Gemeinden günstige Bedingungen hinsichtlich der Beitragsleistung gewährt werden.

Reinickendorf. Abgabe der Hammel. Die beim Ernährungsamte bestellten Hammel sind eingetroffen und stehen zur sofortigen Abholung im Depot, Kopenhagener Str. 96—98, gegen bare Zahlung bereit.

Beih. Anmeldung zum Gänsebezug. Die Gemeinde hat bestimmt Aussicht, lebende junge Gänse zu erhalten. Anmeldungen zum Bezuge sind umgebend in der Lebensmittelstelle, Ede Roßow- und Sippelstraße, zu bewirken.

Lichtkrade. 1,5 Millionen-Anleihe. Die Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, eine Anleihe von 1 500 000 Mark aufzunehmen. Die Anleiheemittel sollen einmal zur Durchführung der Siedlungspläne der Gemeinde Lichtkrade und dann zur Deckung der in Zukunft zu erwartenden Geldbedürfnisse der Gemeinde verwendet werden.

Friedrichshagen. Lebensmittel. Auf Abschnitt 117 der Lebensmittelkarte können je 300 Gramm Graupen zum Preise von 23 Pf. zu Verteilung. — Für die Woche vom 22. bis 28. Juli kommen als Kartoffelerlös je 200 Gramm Hülsenfrüchte zum Preise von 32 Pf. zur Ausgabe. Beim Kauf sind als Ausweis die Lebensmittelkarte und zur Einwertung die Kartoffelkarten mitzubringen. — Wegen Abtrennung von drei gültigen Doppelabschnitten der Kartoffelkarte gelangen 3 Pfund Kartoffeln zur Ausgabe.

Gerichtszeitung.

Papierknittel und Viehsalz statt — Erbsen. Ein Riesenbetrug, bei welchem der Täter die Summe von 115 000 Mark erbeutet hatte, beschäftigte die Ferienstrammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde der Kaufmann August Antrop aus Wilmersdorf vorgeführt, um sich wegen eines raffiniert ausgeführten Praktischbrieffälschens zu verantworten. — Die Geschädigten, ein Kaufmann Wallich aus Leipzig und ein Kaufmann Dopheim, waren in einem Hotel Unter den Linden durch einen Vermittler mit dem Angeklagten Antrop bekannt geworden, der angab, daß er in der Lage sei, 8000 Zentner Erbsen aus Bathain zu beschaffen. Die Zahlung des Kaufpreises sollte sofort nach Liebergabe der Duplikatbrieffe erfolgen. Antrop erhielt auch, nachdem er die Prachtbriefe ausgehändigt hatte und die Erbsen angeblich schon auf der Fahrt waren, von Wallich und Dopheim zusammen die Summe von 115 000 Mark ausgehändigt. Als der Waggon dann eintraf, entdeckten die Käufer zu ihrem Schrecken, daß er statt der wertvollen Erbsen Papierknittel mit Papierknitzeln und Viehsalz enthielt. Die Berliner Kriminalpolizei ermittelte schließlich den in der Mannheimer Straße wohnhaften Angeklagten Antrop als den Betrüger. In der Verhandlung wurden Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten geltend gemacht. Der Gerichtsarzt stellte deshalb den Antrag, den Angeklagten zur Vorbereitung eines Gutachtens auf sechs Wochen einer öffentlichen Irrenanstalt zur Beobachtung zu überweisen. Das Gericht gab diesem Antrag statt und vertagte die Verhandlung.

Das nächste Abenteuer eines „besseren“ älteren Herrn hatte vor der Ferienstrammer ein gerichtliches Nachspiel. Wegen Diebstahls war die Buchhalterin Philomena Schanabel angeklagt. — Zwei ältere Herren in guten Verhältnissen führten eines Tages den innerlichen Drang, wieder einmal wie früher in der schönen Jugendzeit einen kleinen Wummel durch Berlin bei Nacht zu unternehmen, soweit dies unter den heutigen Verhältnissen überhaupt noch möglich ist. Zu dem Wummel gehörte natürlich auch der „Anschluß“. Dieser war bald gefunden. Die jetzige Angeklagte hatte sich mit einer Freundin in ein Kabarett an der Weidendammer Brücke begeben. Sie zeigte sich nicht abgeneigt, mit ihrer Freundin die Einladung der beiden älteren Herren anzunehmen. In einem verlassenen Hotelzimmerchen wurde dann die Unterhaltung in zwei Gruppen getrennt fortgesetzt. Plötzlich, mitten in der Nacht, gab es einen entsetzlichen Skandal, der das ganze Hotel alarmierte. Einer der Herren erwachte aus seinen Träumen und bemerkte, wie sich eine Gestalt an seinen Kleidern zu schaffen machte. Die Gestalt verschwand und mit ihr, wie er sofort feststellte, zwei fünfzigmarkige Scheine. Sein Begleiter holte sofort einen Schutzmann, der die Verfolgung aufnahm und die Angeklagte, nachdem sie die Scheine weggenommen hatte, festnahm. Vor Gericht bestritt die Angeklagte mit aller Entschiedenheit, die Diebin gewesen zu sein. Die Scheine wären ihr von ihrer Begleiterin, die sie nicht näher kenne, zugesteckt worden, außerdem sei sie viel zu betrunken gewesen, um über das Gefährliche ihres Zuns nachdenken zu können. Die Verurteilungsstrammer hielt das jedoch für eine Ausrede und bestätigte das auf fünf Monate Gefängnis lautende Urteil des Schöffengerichts.

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück auf der Ostbahn.

Bisher 30 Tote, 29 Verletzte.

Gestern früh 9 1/2 Uhr brach zwischen Zantoch und Gurlow (in der Nähe von Landsberg) die linke Kolbenstange an der Lokomotive des von Schneidemühl kommenden D-Zuges, stürzte sich gegen die Schiene des Gleises Schneidemühl-Berlin und brachte dadurch die D-Zuglokomotive zur Entgleisung. Die Lokomotive entgleiste nach der Innenseite und hob die letzten vier Wagen eines auf dem Nachbargleis fahrenden Güterzuges aus dem Gleise. Durch die Explosion der Gasbehälter entstand ein Brand, durch den vom D-Zug vier Wagen, vom Güterzuge drei Wagen zerstört wurden. Bisher wurden festgestellt: 30 Tote, 27 Schwerverletzte, 2 Leichtverletzte. Der Lokomotivführer und der Heizer des D-Zuges blieben unverletzt. Sie konnten sich durch Abspringen retten. Von Küstrin und Landsberg gingen Hilfszüge mit Kränen nach der Unfallstelle ab.

Dazu werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Von den 11 Wagen des D-Zuges führten 2 die Böschung hinab, während sich die übrigen in den Kies-Angruben. Die abgestürzten wurden völlig zertrümmert. Die Unfallstelle bietet einen entsetzlichen Anblick: Zerlegte Trümmerstücke und Leichen in Rauch und Qualm gehüllt. Die meisten Verunglückten befanden sich während der Katastrophe im Speisewagen des D-Zuges, der den Raum hinterstürzte. Einige Schwerverletzte starben bereits auf dem Transport. Vom Zugpersonal soll nur der Schaffner Bomke aus Bromberg den Tod gesunden haben. Die abgesprungene

Kolbenstange, die das Unglück verursacht hat, wurde später in einiger Entfernung von den Schienen aufgefunden.

Berlin, 30. Juli. Amlich. Nach Mitteilung der Eisenbahndirektion in Bromberg beträgt, wie bis jetzt festgestellt werden konnte, die Zahl der Toten ungefähr 40, die der Schwerverletzten 10 und die der Leichtverletzten 2.

Die Cholera in Rußland.

Riew, 27. Juli. (P. T. A.) In der Stadt werden mehrere Fälle von Choleraerkrankungen verzeichnet. Aus verschiedenen Orten werden Wassererkrankungen gemeldet.

Kybin, 27. Juli. (P. T. A.) Im Zusammenhang mit den erfolgten Choleraerkrankungen hat die Verze-Sanitär-Abteilung des Roten die schärfsten Vorregeln zur Verhinderung der Entfaltung der Cholera und zum Schutze der Bürger getroffen. Es werden Choleraimpfungen vorgenommen, Desinfektionskammern hergestellt und Vorregeln zur Hebung des Sanitätszustandes der Stadt getroffen.

Charkow, 27. Juli. (P. T. A.) Es wird das Auftreten der spanischen Krankheit gemeldet. An ihr starb der Abgeordnete der Stadt Duma Gutowski.

Petersburg, 27. Juli. (P. T. A.) Während die Arbeiterkassen Petersburg für die rote Armee mobilisiert wird, hat die außerordentliche Arbeiterkommission zur Bekämpfung der Cholera eine Mobilisation sämtlicher Bürger im Alter von 16 bis 45 Jahren angeordnet. Von den mobilisierten Bürgern werden Sanitäts-Abteilungen zur Bekämpfung der Cholera und Säuberung der Stadt gebildet. Vordrängend erstreckt sich die Mobilisation nur auf die Männer.

Kuwait in Frankreich. Fern, 26. Juli. „Petit Journal“ meldet: Das Departement Orne wurde von einer ungeheuren Windstöße heimgesucht, die in weniger als einer Viertelstunde alle Dächer abdeckte, die Fenster zerplitterte und die Ernte voll-

ständig vernichtete. Allein in der Gemeinde Trun übersteigt der Schaden eine Million.

Briefkasten der Redaktion.

Im Biele und Einkommensteuer Stegisch. Zur Erhebung der Gemeindefinkommensteuer von Kriegsteilnehmern hat die Gemeinde beabsichtigt, auch wenn deren Einkommen unter 3000 M. beträgt. Nur Steuerpflichtigen dürfen nicht erhoben werden. — W. T. M. 11. 1. Wenn nicht offenbare Fälle vorkommen über Einkommensverhältnisse vorliegen, so kann die Jurisdiktion der Kriegsteilnehmer von der Frau nicht verlangt werden. 2. B. — S. 100. Als Schwelger haben Sie keinerlei Ansprüche aus der Invalidenversicherung des verstorbenen Vaters. — Reichhalter 155. 1. Sie sind zur Abgabe von Milch an die Heilliche Seife verpflichtet. 2. Die Kuh kann Ihnen befristet werden. 3. Fern. — N. S. 25. Ueber die rechtliche Stellung der russisch-polnischen Arbeiter können wir Bestimmtes jetzt noch nicht sagen, das wird erst mit endgültigem Friedensschluss geregelt. — Hermann 21. Eine Verfügung darüber besteht nicht, aber der Vorgeschlagene kann sicher das Tragen des Hutes im Dienste verdienen. — W. T. M. 11. 1. Einmalige Erträge der Kinder vor Auszahlung und Wahrung, aber den mit einem Nachteil nicht bekannt ist. — Erna 837. Es handelt sich um die Aufsicht des englischen Soldatenbordens: Honey soit qui mal y pense (ein Schelm, der Arges dabei denkt).

Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am		Wasserstand am	
28.	29.	28.	29.
cm	cm	cm	cm
Memel	Lütf	Zante	Grösch
Regel	Poserburg	Havel	Spandau
Wegiel	Ehren	Nathow	—
Obere	Matthar	Obere	Grösch
	Kroft		Kroft
	Frankfurt		Kroft
	Schumann		Kroft
	Rosberg		Kroft
	Kordmann		Kroft
	Wilmeth		Kroft
	Tredten		Kroft
	Harb		Kroft
	Ragdeburg		Kroft

Deutsches Theater.
Abendlich 8 Uhr
Max Paalenberg
in Der fiesche Rudi.
Kammerspiele.
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Inkognito. (Operetta.)
Volksbühne, Th. a. Blowl.
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Sommernachtsstraum.
Theater des Westens
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Die Tänzerin.
Theater Königgrätzerstr.
8 Uhr: Die Schwestern
und der Fremde.
Komödienhaus
8 Uhr: Die Zaria.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Blüchlaues Blut.
Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
7 1/2, Norden 850. 7 1/2.
Der goldene Spiegel
v. Möllendorff, Alice Tornig,
Rich. Georg.
Sonnt. 3 1/2, kl. Pr.: Jugend.

Theater für Mittwoch, 31. Juli.
Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.
Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr: Die Fledermaus
Friedrich-Wilhelmst. Theater
Fest-Vorstellung.
Zum 500. Male
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Kleines Theater
8 Uhr: Aristid und seine Fehler
mit Hassermann.
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die spanische Fliege
Noues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Maria.
Residens-Theater
7 1/2 Uhr: Flimmer-Klärchen.
Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Vater der hühnenden Linde
Theater am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr:
Von Otto Dreyer

Künstliche Zähne
mit echtem Friedenskautehnk und Material
schöne natürliche Farbe. 3jährige schriftliche Garantie!
Zahnziehen mit örtlicher Betäubung nach bewährter Methode
Umarbeitung schlechtsitzend. Gebisse
Spez.: Zähne ohne Gaumenplatte. Goldtechnik.
Kronen von 20 M. an!
Kleine Preise, ev. Teilzahlung.
Persönliche Munduntersuchung und Rat kostenlos!
Zahn-Praxis M. Löser
Brunnenstr. 185 zwisch. Rosenthaler Platz
und Invalidenstraße.
Sprechstunden tägl. v. 9-5, Sonntag 8-1. Tel. Norden 11508.
Eigenes Zahntechnisches Laboratorium!
Bitte genau auf Straße und Hausnummer zu achten.

Sozialdemokrat. Verein
Berlin II. (S. P. D.)
Nachruf.
Als Ober des Weißlegers
verstarb im Klerke-Gasareit
zu Uffa in Polen unser
Mitglied, der Altkamerad
Emil Kramer
im vollendeten 47. Lebens-
jahre.
Obere seinem Andenken!
Der Vorstand.
Am 28. Juli starb im
Espanauer Krankenhaus
unser liebe Kollegin, die
Verdauungs-
Berta Kroh.
Sie war uns sehr eine
liebe und pflichterfüllende
Kollegin.
Obere ihrem Andenken!
Das Personal
der 61. Veranstr. des
Stonium-Gewerkschafts
Berlin und Umgebung.
Die Beerdigung findet
heute Mittwoch, den 31. Juli,
nachmittags 3 1/2 Uhr, am
Espanauer Friedhof, Hof-
straße, statt.
5000

Allen Freunden, Bekann-
ten und Gäten Herberich
die traurige Nachricht, dass
am Montag, den 29. Juli,
nachmittags 10 Uhr, infolge
Herzschlages mein geliebter
Mann, unser treuester
Vater, Bruder, Schwager
und Onkel, der Gatte
Konrad Kattelberg
im 55. Lebensjahre nach
einem erkrankten und
mühsamen Leben und
seiner vielen Geschäftstätig-
keit verschieden wurde.
Emma Kattelberg geb.
Hild als Frau.
Wag angest. im Felde.
Grete, Erna als Kinder.
Die Beerdigung findet
am Freitag, den 2. August,
nachmittags 3 Uhr, vom
Trankfurter aus nach dem
Espanauer Friedhof, Hof-
straße, statt.
5000

National-Theater
3/8: Mäuschen.
Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant
Sajab. Deutsche Tänze
Kühler Aufenthalt.
7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Palast
mit dem Schwank
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.
Großer Lacherfolg!
Gesamt-Gastspiel
des
Herrfeld-Theaters
**Die Kriegs-
gewinnler.**
Hauptrollen: Dir. A. Herr-
feld, Ferd. Grüncker.

Metzner
Kleiderwagen-Werthaus
Größte Auswahl Berlin
Andersstr. 23 Andersplatz
Kronenstr. 95 Douselstr. 67
Luisenpark Str. 54 Kesselsbr. 133
Spandau, Charlottenstr. 24a.

Wohnzimmer und Küche
bestehend aus:
1 Kleiderschrank, 1 Vertiko,
1 2-Zugisch mit Wachtuch,
4 Stühlen, 2 modern. Bettstellen,
2 Patentbetten, 2 Stoll. Auflagen,
1 Küchenbrett, 1 Rahmen,
1 Tisch, 2 Stühle,
1 Handtuchhalter,
1 Kohlenkasten
zusammen
für
1475,-
Mark.
zu verkaufen (auch einzeln).
Möbelhaus N. Stolzmann
Berlin SW, Belle-Alliance-Str. 100.
Auf Wunsch Zahlungsvereinerung.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beb. schnell, gründl., mögl.
schmerzlos u. ohne Verunstät.
Anschienkrankheit, geheime
Nast., Harn-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Harn- und Blutuntersuchung.
Königsstr. 84/86, Alexanderpl.
Estr. 10-11, 5-8, Sonnt. 10-1

August Krüger
nach freiem, schwerem Leiden
im Alter von 65 Jahren
am 29. Juli (sonnt.) ent-
schieden ist.
Um dieses Beileid bitten
die tiefbetrübten Hinter-
bliebenen
Wilhe. Friederike Krüger
nebst Kindern.
Charlottenburg, Rosen-
straße 4.
Die Beerdigung findet
morgen Donnerstag, den
1. August, vom Friedhof
Dammweg aus statt.
2000

Berliner Prater-Theater
Rantienallee 7-9
Täglich 5 Uhr in vollständig
neuer Bearbeitung:
Im Wollentagometer.
Große Besen-Komödie in 5 Bildern
Dazu die großt. Spezialitäten
Sente sowie jeden Mittwoch:
Gr. Kinderfest.
Sinfang
8 Uhr.

SARRASANI
Zirkus-Busch-Gebäude.
Heute, Mittwoch, 31. Juli
anlässlich der Schallert
große
2 Aufgeführten, 2
nachm. 3, abends 7 1/2 Uhr
„Torpedo — los!“
Das gewaltige
Baugeschaustück.
30 Artisten in der Luft 30
Nachm. zahl. Erwachsene
und Kinder halbe Preise.
Vorverkauf Zirkuskassa
u. Wertheim.

Für Schuhmacher!
Gesamte Fußböden, m. bebbd.
Genehmigung nur aus Leder
zusammengesetzt, geliebt und
gedacht, in allen Größen, Post
von 1,00-3,00 Mark. Jede
in allen Größen, beledert auf
Eberholz, Paar von 15-75
Piemig, am Lager, Erna
Senslab, Berlin-Belgische
Langhausstr. 31. Telefon 191

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuss
Friedrichstr. 125 Oranienb. Tor
Spezialarzt für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden,
Blutuntersuchungen. Schnelle,
sichere, schmerzlose Heilung
ohne Berufsaussetzung. Teilzahlung
Versuchen Sie Jwezett's
Rasierpulver,
das einen prächtigen, steifen, haltbaren Schaum gibt.
Dose 1,50. J. W. Zimmer, Frankfurt a. M.

Antonie Straube geb.
Rossa
Guter Str. 3
Für die Hinterbliebenen:
Albert Rossa.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags
3 Uhr, von der Halle des
Espanauer Friedhofes in
Buch aus statt.
2000

DER „HIAS“
Tägl. 7 1/2 Uhr abends.
Heute Mittw. nachm.
3 1/2 Uhr: Familien- und
Schülerfest, z. kl. Pr.
Walhalla-
Theater, Weinbergsweg
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.
Gartenb.: Bitte recht freundlich
Reichshallen-Theater.
Letzten Gastspiel der
Leipziger Gaiet-Sänger.
Anfang 7 1/2
Von morgen ab wieder tägl.:
Stettiner Sänger.

Photographische
Apparate
u. Bedarfsartikel.
Große Auswahl.
Ratenweise Tilgung gestattet.
Jonass & Co., Berlin SW 61.
Belle-Alliance-Str. 7/10.

Korken
zu den jetzigen höchsten gefes-
tigten Höchstpreisen
Sperber, 500/7
Reichenstr. 13 Rosenhale
Tor, Norden 1308. Zügel, Auf-
hänger, Tisch auch abgeholl.
Leiterwagen,
1-8 Str. Traktstr. Heft
F. Hennmann, Gera-II.
Schleyer Str. 22. 87/2

Impr. Seidenmäntel 165, 210 usw.
Herbst-Kostüme! Seiden-Kostüme
105, 220 Modelle 85,- 105, 125 Modelle 22,-
Pelzmäntel!!
kurz 100, lang 180 usw.
Stoffröcke — Seidenröcke, 68, 75 usw.
Westmann,
1. Geschäft: Berlin W,
Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO,
Gr. Frankfurter Straße 115.
Sonntags geschlossen.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme
und Kranzspenden bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters 1898
Wilhelm Behnisch
logen mit allen Verwandten so-
wie Freunden und Bekannten
infern herzlichsten Dank.
Auguste Behnisch
nebst Kindern.
Zurück
Privatdoz. Dr. Liepmann,
Potsdam, 9744, Passauerstr. 41, II.
Spezialarzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am
Stadtbahn-
Behandl. von Syphilis, Haut-
Garu., Frauenleiden, Herz-
Krankh. Schwere, ärztliche
Behandlung, ohne Berufsaussetzung,
Blutuntersuchung. Tägl. 11
bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Berliner Originale.

Von C. A. Maiba.

Von einer Zeit möchte ich sprechen, als uns noch keine Luftfahrzeuge beherrschten, noch keine U-Boote die Schreden der Meere erlösten, noch keine drahtlose Telegraphie erfunden war — hatte sich doch kaum erst das Telephon ungläubigen Geistesgegenüber durchgesetzt. . . . Dennoch lieb es sich leben in Berlin. Und Originale, gar wunderliche Typen, wie sie heute kaum vorkommen, gediehen damals üppig in den achtziger Jahren.

Zu bestimmten Tageszeiten konnte man auf der Mittelpromenade „Unter den Linden“ einer seltsamen Figur begegnen: Wirres Haar, struppiger Bart, bei größter Hitze wie bei strengster Kälte stets denselben abgehäuteten, in allen Regenbogenfarben schillernden Überzieher und spädigen Hut, ein buntesgeprägtes Tuch um den Hals gefalungen, zögernd sich fortbewegend mit einem schlüßelartigen, fast philosophisch anmutenden Wägelchen, dabei einen betäubenden Dunstkreis um sich verbreitend, — das war der „Wetterfrige“, wie ihn der Volksmund getauft hatte. Unter dem Arm eine kleine Zigarettenkiste sorgsam verwahrt, die, wie man sich erzählte, sein ganzes Hab und Gut enthielt, einen großen brennenden Schwamm aus Uräters Hausrat in der anderen Hand, beides Gegenstände, von denen er sich nie, selbst nicht im Schlofe, getrennt haben soll. Der Mann hatte bessere Zeiten gesehen. Er war nach dem siebziger Kriege unter die Gräbner gegangen und hatte durch glückliche Terrainexplorationen bereits vier Millionen eingeheimt. Erst wollte er noch die fünfte Million voll bekommen haben und dann aufhören. Da kam der große Krach, der alles entwertete, den Millionär zum Bettler machte. Die Wandlung konnte das arme Pfen nicht überwinden, und wie es dann weiter kam, läßt sich unläuter erraten.

Au der Ecke der Friedrich- und Französischen Straße oder auch zuweilen vor der „Hilberdesstraße“ (Wald Hildebrand) hatte der „Adelige Dienstmann“ seinen Stand. Er präsentierte sich im Gehrockenanzug, indolenten hohen Kragen und Krawatte; nur eine wie aus dem Ei gepellte rote Tuchmütze mit blankem Schild ließ seinen Beruf erkennen. Als letzter Sproß eines verarmten polnischen Adelsgeschlechtes, behauptete er, seine Familie wäre um das ihr zukommende Erbeil von einer Seitenlinie betrogen worden. Nun suchte er sein Fortkommen auf eine allerdings etwas merkwürdige Weise, indem er auf der Straße laut vor sich hin räsonnierte und so die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden auf sich zu lenken suchte: „Ja, Sie gerade sollen es wissen! Es ist ein Skandal, wie die Menschen es treiben! Ja, ja, — Sie meine ich, mein Herr! . . . Verloben haben sie mich! Ja, hören Sie nur, bestohlen, bestohlen!“ — In diesem Tone ging es weiter. Wenn die Sache neu war, der Sturm natürlich, blieb bei diesen ausfälligen Reden bestehen, ärgerte sich wohl gar. Da wurde aber der kluge Dienstmann dann ebenso schnell wie geschickt eingelenkt. Schließlich lachte man über ihn, oder übertrieb ihm obendrein eine Besorgung, wobei sich der lächerliche im Handumdrehen in einen debotischen Diener vermanbelte. Später soll er dann auf dem Gute eines seiner treuesten Kunden, der eben sein väterliches Erbe übernommen hatte, eine ausdörrliche Aufschüttelung gefunden haben.

Eine besonders im Zentrum und im Norden Berlins volkstümliche Gestalt war die „Harsenjule“. Auf den Höfen starkbedeckter Mietkasernen war sie regelmäßig zu finden mit ihrer vornehmlichlichen, wetterharten Haube und lang manch Lied zum „Steinweichen“, — das aber dort die Menschen nicht einmal „rasend“ machte, im Gegenteil bei harmlosen Gemütern ein dankbares Publikum fand. Da war sie unumschränkte Herrscherin, beliebt bei Jung und Alt. — Als Albert Kühne vor Jahren in der Alten Jakobstraße eine „Bunte Bühne“ eröffnete, die bald wieder einging, kam er auf den nicht glücklichen Gedanken, die Harsenjule in Berlin aufs Brett zu bringen. Was künstlerisch umsetzt und parodistisch gehalten vielleicht noch angeprochen hätte, wirkte in seinem unverfälschten Realismus abstoßend und mißliebend. Das leblosstimmige, leinere Ausdrucksfähige Gesicht, die freilichende, seiner Modulation fähige Stimme paßten nicht auf eine Reintänzerbühne und brachten in dem ungelobten Rahmen das ganze Glanz dieser „Hörsängerin“ nur um so peinlicher zum Vorschein. Der Harsenjule war es dort selber nicht geheuer und gerne lehnte sie wieder nach ihren geliebten Höfen zurück.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Reymont.

Die Mutter sah in einem tiefen Jauseull und strickte. Sie mochte an die sechzig Jahre alt sein; ihr Gesicht war sehr angenehm, sah aber krank aus; auf der langen Nase trug sie eine silberne Brille; das weiße Haar war glatt über die niedrige, vorspringende Stirn gefalmen. Die Augen waren verschwommen, die Lippen blaß. In der Tasche ihrer weißen Schürze lag ein Baumwollknäuel, mit dem sie einen Strumpf strickte. Eine große, süße Milde lag in ihrer Stimme und in ihrem Wächeln. Ohne Unterbrechung zählte sie die Raschen und lächelte ihrem Sohne zu und ihren Enkelinnen, der Tochter Berta, die in einer Ecke des Zimmers las, Frau Auguste, der Wirtschaftlerin, den zwei Kredenzen, die nebeneinander standen, dem Ofen, dem alten Glasdrant, der mit kleinen Stunden aus Porzellan, Statuetten und kleinen Tellern bestückt war, den zwei grauen Katzen von Frau Auguste, die immer hinter ihr hergingen und schnurrend sich an ihren Kleidern rieben — sie lächelte immer und lächelte allen zu mit einem wie an den Lippen festgefrorenen Wächeln, mit dem glatten Wächeln einer Leiche.

Der warme Frieden eines alten Patrizierhauses herrschte in der Wohnung. Alle waren so vertraut miteinander, so einander eingepaßt, daß sie sich mit Wägen verständigten, daß sie ineinander aufgingen.

Der Alte ließ seine Sorgen immer im Kontor und brachte in die Wohnung ein ruhiges, lächelndes Gesicht. Von einzelnen Angelegenheiten erzählte er seiner Frau, zankte manchmal mit Max, redete sich seit zwanzig Jahren regelmäßig jeden Abend mit Frau Auguste, spielte mit den Enkelinnen, deren es immer eine Menge im Hause gab — alle vier Töchter waren schon längst verheiratet —, las ländlich die „Kölnische Zeitung“ und ein polnisches Blatt. Jeden Abend hörte er sich auch irgendwelchen sentimental Roman aus den verschiedenen Familienblättern an, von denen Frau und Töchter lebten, und verdrachte so den Abend.

Heute ging es wieder so an; er setzte sich an den Tisch und nippte dem Enkel zu, der in einem großen Schaukelstuhl am Tisch saß.

„Joseph, komm zum Großpapa, komm! Steh her, was ist das?“ er zeigte ihm eine Trompete, die er aus der Tasche herausnahm.

„Trompete! Gib dem Joseph die Trompete!“ bat der Kleine, die Händchen ausstreckend.

Wirdobell, hauptsächlich, in weiter Stutte, die flühe in Sandalen, schreit der „Naturdichter“ durch die Straßen und glück mit seinem weitenläufigen Wädel, dem geschickelten, bis auf die Schultern herabfallenden Haar, das Gesicht von einem weichen Goldbart umrahmt, eher einem Apostel. Wohl liefen die Kinder dem sonderbaren Heiligen nach. Er aber kümmerte sich nicht um seine Umgebung, hatte seinen Wädel übrig für das, was um ihn her vorging und setzte unbeeinträchtigt seinen Weg fort. In seinen zahllosen irdischen Ergüssen herrschte immer wieder der Gedanke vor, die Welt sei zu verweichlicht und ginge an der Kultur noch zugrunde; wie mühten erst wieder zur Natur zurückzukehren, um an Leib und Seele zu gesunden. Und auch äußerlich sollten wir das in unserer Kleidung und Aufmachung zum Ausdruck bringen; darin wollte er uns mit gutem Beispiel vorangehen. Sonst war er, wie gesagt, ein stiller, in sich gelehrter Mann, der nur seinen Ideen lebte.

Kochis, wenn es schon längst nirgendmehr warme flühe gab, wenn selbst die letzten Schwärmer an den Heimweg dachten, da trat im Zuge der Friedrichstraße, am Hebergang der „Linden“ der „Wärkelmann“ in seine Rechte: „Warme flühe! Delikat! . . . Nehm'n Sie'n Paar mit, Herr Josef! — vielleicht hat die Frau Josef'n auch Appetit, — nicht? . . . Warme flühe, Herr Baron, delikate Ware! Immer noch zwei Jute!“ — Und Mämlen wie Weiblein, die nach den langen Nachmittagen schon wieder ein menschliches Näßchen verspürten, besonders solche, die nach dem ästhetischen Tee bei Geheimrats hungerigen Wölfen glichen, stürzten sich auf die „flühe“ als wären sie eine Götterpeise. — Manche Spötter brachten den melancholischen Wädel der Gänle am daneben liegenden Dreißtellenstand mit bösen Vorwürfen für die zukünftigen Erzeugnisse des Wärkelmannes in Verbindung; aber geschmeckt haben die fastigen Dinger jedem, und gerade die Spötter waren die besten Kunden.

Berlin wußte sich damals noch eine persönliche Note zu bewahren, die, je mehr sich die Stadt zur kosmopolitischen Sammelstätte auswuchs, verloren ging.

Die deutsche Uraufführung eines russischen Dramas.

Aus München wird uns geschrieben: Im Münchener Schauspielhaus gelangte anlässlich des Herminie-Räuber-Gastspiels Leonid Andrejew's Drama „Du sollst nicht töten“ zur deutschen Uraufführung. Das Werk ist einer der vielen russischen Versuche, eine ethische Forderung, in diesem Falle ein biblisches Gebot und seine Verletzung in der Wirkung auf die menschlich-ländliche Seele zu zeigen. Es ist eine Art Mysterium, das sich — wie auch andere Stücke dieses Dichters — aus Zirk und Grotteske aufbaut. Sinnbildliches steht neben Derb-Realem. Technik zeigt die Dichtung die typisch-russische Mäckenhaftigkeit der Anlage, durch die die Wirkung auf der Bühne sehr beeinträchtigt wird. So hatte das Stück denn auch keinen großen Erfolg. Inbald zeigt es, wie eine Frau, die Mithildige an einem Morde geworden ist, trotz allen äußerer Aufstieges, zu Grunde geht; die Dämonen ihres Gewissens treiben sie schließlich zum großen Verleumdung und Zusammenbruch. Sie, die durch Scheineheirat sogar in den Fürstentum geliehen ist, demütigt sich vor den Jähren und ruft selbst, nachdem sie jahrelang alle Schuld von sich gewieken und ihren Helfershelfer genötigt hat, auch vor Gott alles auf sich zu nehmen, ihr „Ich habe getötet“, bevor sie zusammenbricht.

Island.

Zur Erklärung der Insel zum souveränen Staat.

Durch solchen veröffentlichen Geschehenswurf, der die staatsrechtlichen Verhältnisse zwischen Dänemark und Island neu ordnet und der gewisslos vom dänischen Reichstag wie vom isländischen Althing angenommen werden wird, erlangt das nördliche Reich nach ausdauernden, zähen Verfassungskämpfen endlich die Selbständigkeit, nach der es so lange vergeblich gestrebt hat. Denn durch Jahrhunderte hindurch hat der isländische Staat unter so gut wie absoluter dänischer Regierung gestanden.

Gegen Ende des 8. Jahrhunderts von Irändern entdeckt und dann später von dem Norweger Raddod und anderen Nordländern wieder aufgefunden, erhielt Island (Héland) seinen Namen wegen des an seinen Küsten aufgehäuften Treibeises durch den Norweger Floke. Der erste Ansiedler war ein Norweger, der sich in Reykjavik niederließ und viele andere unzufriedene Einwohner

seines Landes nach sich zog. Im Jahre 930 wurde durch Althing dem isländischen Freistaat die erste Verfassung nach nordwestlichem Muster gegeben und ein Althing eingerichtet, das alljährlich zur Mittsommerzeit vierzehn Tage lang öffentlich Bericht abgibt. Das Althing war es auch, das im Jahre 1000 das Christentum einführen beschloß und etwa 100 Jahre später zwei Wilschöfliche einrichtete, mit denen Schulen und Klöster verbunden waren. Durch diese gelangte die Kenntnis der lateinischen Sprache sowie abendländische Literatur und Gelehrsamkeit in das damals fast unberührte Land, das bald zu hoher geistiger und wissenschaftlicher Blüte gelangte. Erst als Ende des 12. Jahrhunderts durch innere Streitigkeit der Großen die Kraft des Freistaates immer mehr untergraben war, sah Norwegen seine Bestrebungen, sich Island anzugliedern, von Erfolg gekrönt. Im Jahre 1382 wurde die Insel mit Norwegen vereinigt, und unter dieser Herrschaft erhielt sie ein neues Gesetzbuch, das in der Hauptsache heute noch Gültigkeit besitzt. 120 Jahre später fiel sie dann mit Norwegen an Dänemark. Nun brach eine unglückselige Epoche für das schon im Niedergang begriffene Land an. Durch Erdbeben und Vulkan- ausbrüche wurde fast alles, was von dem früheren Wohlstand des Landes noch übrig geblieben war, vernichtet; harte Steuern, Leibeigenschaft der dänischen Statthalter und eine Seuche, die in den ersten Jahren des 15. Jahrhunderts die Bevölkerung bis auf ein Drittel auslöschten ließen das übrige. Auch die gewalttätige Einführung der Reformation durch Christian III. ging nicht spurlos an Island vorüber. Auch in den folgenden Jahrhunderten kam es nicht zur Ruhe. In den Jahren 1627 und 1687 wurde es von algerischen Seeräubern heimgesucht, und 1707 brach abermals eine verheerende Epidemie aus. Es folgten im 18. Jahrhundert 43 Jahre der Misere, die nicht weniger als 18 Dürren mit sich brachte, darunter zwei Schwere, im Gefolge hatten, und wiederum zwei furchtbare Vulkanausbrüche. Außerdem hatte Dänemark den isländischen Handel von 1602 bis 1786 zugunsten seiner Kaufleute monopolisiert, und so blieben die ohnehin verarmten Isländer auf den unglückseligen Fischfang angewiesen.

Durch die Aufhebung des Althings im Jahre 1800 wurde der Insel auch der letzte äußere Schein einer Selbstverwaltung genommen. Als dann der Dänisch-Englische Krieg (1807—1814) ausbrach, bemächtigte sich der dänische Oberintendant Jürgensen Reinkjovik und der höchsten Gewalt und erklärte sich zum König von Island. Doch wurde er schon anderthalb Monate später von den Engländern selbst wieder verjagt, worauf Island zunächst für ein „England besetztes Land“ erklärt und 1814 wieder mit Dänemark vereinigt wurde. Von da ab setzte eine starke Selbstständigkeitsbewegung ein, der im Jahre 1843 mit der Wiedereinführung des Althings ein erster Erfolg beschieden war. Andere Reformen, so die völlige Freigabe des Handels im Jahre 1854 und zwanzig Jahre später die Einführung einer neuen Verfassung, genügten den Forderungen der Isländer nicht. Erst als zu Anfang des 20. Jahrhunderts die konföderale Parteiherrschaft in Dänemark gebrochen wurde, gewannen die Befürworter der isländischen Selbständigkeit immer mehr Boden unter den Jähren, und im Februar 1904 erhielt Island seinen ersten eingeborenen Minister. Nun tritt die Insel, auf der trotz der lagen Lebensbedingungen und aller Bemühungen kein der Drang nach Freiheit und Kultur lebendig geblieben ist, in die Reihe der selbständigen skandinavischen Staaten ein.

Notizen.

— Die Handels-Hochschule Berlin läßt soeben das Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1918/19 erscheinen. (Verlag Georg Reimer, Berlin.) Trotz des Krieges weisen alle Gebiete die gewohnte Ausdehnung auf. Aus den neuen Vorlesungen seien genannt: Verlagsbuchhändler Pasche über „Die Organisation des deutschen Buchhandels“, Prof. Pusch über „Sozial-Anthropologie“, Dr. Baum über „Gewererecht mit besonderer Berücksichtigung des Arbeiterrechts“, Prof. Gyller über „Textil-Industrie einst und jetzt“.

— Ein deutsches Forschungsinstitut für Textil-Industrie. Die bisherige Forschungsstelle für Textilstoffe am Technikum für Textilindustrie und das Institut für Textilstoffe in Reutlingen ist als „Deutsches Forschungsinstitut für Textil-Industrie“ zu einem selbständigen Institut erhoben worden. Die Anstalt umfaßt eine fakultätswissenschaftliche Abteilung, eine mechanisch-technische Abteilung, eine chemisch-technische Abteilung und eine Abteilung für Textil-Nachwissenschaften.

Weinend kamen die Mädchen angestürzt. „Wanda will's auch haben.“ „Jamschia auch!“

Sie baten mit weinerlichen Stimmchen und krabbelten auf Großpapas Weinen hinauf.

Er drehte sich rasch von ihnen und lief ihnen weg. Die Mädchen wußten schon, was das heißen sollte, und ließen, aus allen Kräften schreiend, dem Großpapa nach, der sich hinter Stühlen versteckte, hinter Kredenzen, und ihnen immer entkühlte, bis er sich schließlich in einer Ecke einsangen ließ, sie hoch hob und an den Tisch zurückdrachte. Dann ließ er sich untersuchen und die Puppen aus den Taschen herausnehmen, die er für sie mitgebracht hatte.

Das Großkellnerpaar amüsierte sich glänzend, bloß Berta stopte sich die Ohren zu und versank in ihrem Wuch, und Max piff laut, um diesen wilden Lärm zu übertönen. Uebrigens war er dem Vater böse; er meckte es nämlich an seinem Wesen, daß er wiederum einem Geld geliehen oder für einen gebürgt hatte; jedesmal nämlich, wenn das der Fall war, brachte der Alte den Kindern und Enkelinnen Spielzeug mit, ließ seinen Sohn, war sehr süß und herzlich mit allen und beteiligte sich lebhaft an jedem Gespräch; auf diese Weise wollte er eine Interpellation des Sohnes verhindern.

Heute war's gerade so. Beim Abendessen sprach er fortwährend, setzte selbst die Kinder an den Tisch und packte auf sie sorgfältig auf, scherzte beständig mit Frau Auguste, die ihm immer dasselbe zur Antwort gab und sinnlos mit den langen, gelben, schiefen Zähnen lächelte.

Nach dem Abendessen kam der junge Joseph Jaskulski. Er war sozusagen Kontorpraktikant, ein ganz armer Bursche, dessen Baum sich seit ein paar Jahren angenommen hatte. Joseph war achtzehn Jahre alt, furchtbar groß, seine Beine und Hände waren zu lang, der Kopf groß und steis zerzaust, das runde Gesicht schwierte immer, zu alledem war er auch noch sehr schäutern und ungeschick und kam ständig mit allen Lären und Möbeln in Konflikt.

Trotz seiner achtzehn Jahre und der Absolvierung der Handwerkschule war er naiv wie ein Kind. So demütig, nachgiebig und gut war er, daß er alle immer mit den Augen um Vergebung zu bitten schien, weil er es wagte, unter ihnen zu leben. Vor Max hatte er große Angst, weil der ihn beständig aufzog und auch jetzt wieder, als er sah, daß Joseph beim Essen alles aus der Hand fiel, zu lachen begann und sagte:

„Ich muß ihn Ihnen schon wegnehmen, Frau Auguste, und in meine Obhut nehmen.“

„Lach nur gut fein, Max, es wird ihm schon besser gehen in meiner Obhut.“

„Einen Tolpatsch macht ihr aus ihm.“

„Und was würdest du aus ihm machen?“

„Einen Menschen, einen Mann.“

„In Kneipen würdest du ihn führen, zum Pummeln verleiten, und so weiter. Freij erzählte mir schon manchmal mit Abscheu von eurem Junggesellenleben.“

„Ja, ha, ha! Berta, das ist ein prachtvoller Witz. Freij und der Abscheu vor dem lustigen Leben! Du bist ausgezeichnet, du scheinst aber von deinem Mann nicht viel zu wissen.“

„Wozu willst du ihr die Illusionen rauben, Max?“ fragte leise der Alte.

„Haft recht, Vater, aber das irritiert mich, daß jeder erste beste ihr was vorliegt, und sie daran glaubt und sich in Stille reifen ließe für diese Wahrheit.“

„Bergiß nicht, Max, daß du von meinem Mann sprichst.“

„Weider! Der Vater und ich, wir merken es nur zu oft, daß Freij dein Mann ist, daß er zu unserer Familie gehört, sonst . . .“

„Sonst was?“ rief sie mit Tränen in den Augen und war bereit, sich auf ihn zu stürzen, um ihren Mann in Schutz zu nehmen.

„Sonst würden wir ihn zur Tür rauschmeißen“, brummte er ärgerlich. „Du hast es gewollt, da hab' ich's dir auch gesagt, jetzt kommst du weinen, soviel du willst; vergiß nur nicht, daß du nach dem Weinen immer sehr läßlich ausschaut. Du kriegst geschwollene Augen und eine rote Nase.“

Und wirklich fing Berta laut zu weinen an und ging aus dem Zimmer.

Die Mutter begann ihm mild seine Brutalität vorzuwerfen.

„Lach doch, Mama, ich weiß, was ich tue. Freij ist einfach ein Vieh, das seine Fabrik nicht behütet, bloß immer herumkneipt, und vor Berta spielt er den Englischen, dem nichts gelingt, der sich für Frau und Kinder zu Tode schüdt, als hätte der Vater nicht vom ersten Tage der Hochzeit an ihr ganzes Haus mit seinem Gelde erhalten.“

„Still, Max, wozu bringst du das vor?“

„Deshalb, weil man damit endlich Schluß machen muß, weil das einfach eine kriminelle Lumpigkeit ist, dich ewig anzuhängen, Vater. Wir alle arbeiten hier, nur damit unsere Schwäger sich amüsierten können.“

Er unterbrach sich; im Vorzimmer erklang die Glocke. Er ging hinaus, um aufzumachen, und führte gleich danach Woro-wiecki herein.

(Wort, folgt.)

Die neuen englischen Kriegskredite.

Amsterdam, 30. Juli. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London: Bonar Law wird im Unterhause am Donnerstag eine Kreditvorlage im Betrage von

700 Millionen Pfund Sterling

(14 Milliarden Mark) einbringen. Das ist der höchste seit Kriegsausbruch angeforderte Betrag. Der Kredit wird es der Regierung ermöglichen, den Krieg bis Ende Oktober fortzusetzen. Der Premierminister wird seine Erklärung über die allgemeine Kriegslage nicht vor der dritten Lesung der Consolidated Funds Bill in der nächsten Woche abgeben.

Hillquit zur amerikanischen Arbeiterabordnung.

Ueber die von Wilson nach Europa entsandte Abordnung von sogenannten „Vertretern des amerikanischen Sozialismus“ äußerte der in der Internationale wohlbekannte und hochgeschätzte Morris Hillquit, der Kandidat der Sozialdemokraten bei der letzten Bürgermeisterwahl in New York, der „New York Times“ vom 20. Juni zufolge: „Die dieser Delegation angehörenden Männer sind nicht Mitglieder der sozialistischen Partei. Sie vertreten die Partei in keiner Weise, ihre Mission ist zweifellos.“ Die Zeitung gibt an, daß die beiden Führer der Abgeordneten, Simon und Spargo, früher Mitglieder des Volkskongresses der amerikanischen Sozialistenpartei waren, aber aus der Partei ausgetreten sind. (Spargo hat die auch in Deutschland bekannt gewordene Biographie geschrieben.) Weiter bemerkt die „New York Times“, daß die Delegierten die Unterstützung der Bundesregierung genießen, daß das Staatsdepartement in jeder möglichen Weise mitwirkt und die Delegierten in Stand gesetzt habe, die Fälle innerhalb zwölf Stunden zu erhalten.

Von beiden Sendungen war während der Reise der amerikanischen Arbeiterabordnung nach London und Paris die Rede. Bekanntlich hatte diese Abordnung den Zweck, für Wilsons politische Ideen in der Arbeiterschaft diesseits des Ozeans den Boden besser empfänglich zu machen. Man hoffte sogar, daß ihre Wirken über die Grenzen der Ententestaaten hinausgreifen werde.

Das Verbot des italienischen Parteitages.

Gegendemonstration der Sozialisten.

Vern, 30. Juli. Laut „Avanti“ beriet die Parteileitung der Offiziellen Sozialisten über die durch das Verbot des sozialistischen Kongresses geschaffene Lage und beschloß, zur Erledigung der wichtigsten Parteifragen, besonders über die Beteiligung der Offiziellen Sozialisten an der Regierungskommission für die Uebergangswirtschaft, der übrigens wieder einige Sozialisten, darunter auch der Abgeordnete Casalmi, abgesetzt haben, bei allen Sektionen der Offiziellen Sozialisten ein Referendum abzuhalten, das am 16. September abgeschlossen sein soll. „Epoca“ will wissen, daß die Parteileitung sich durch das Referendum auch die Befugnis geben lassen will, über die Mitglieder, die gegen das Ergebnis des Referendums verstoßen, den Ausschluß aus der Partei zu verhängen. Die Parteileitung begrüßte schließlich einmütig in einer Entschließung das Verhalten der Parteimitglieder, die ihre Berufung in die Regierungskommission bereits abgelehnt haben.

Ribot über Malvy.

Paris, 30. Juli. In seiner kurzen, aber bestimmten Aussage vor dem Obergericht verteidigte Ribot die Politik seiner Regierung und erklärte, daß während der drei Jahre, während welcher er mit Malvy zusammengearbeitet habe, er diesem als Kollegen und Mitarbeiter nichts vorzuwerfen habe. Das Verhör wurde auf Dienstag vertagt.

In Bezug auf verschiedene Beschuldigungen gegen Malvy, vor allem was seine Unterstützung des Bonnet Rouge und seine Freundschaft für Amerenda angeht, sagte Ribot, daß dem Bonnet Rouge die Unterstützung nur verliehen wurde zu einer Zeit, als dieses Blatt noch eine patriotische Haltung einnahm, daß diese Unterstützung aber sofort zurückgezogen wurde, als es deutschfreundliche Gesinnung äußerte. Am Schlusse seiner Aussagen protestierte Ribot dagegen, daß der Ruf Frankreichs durch Prozesse wie der gegenwärtige besudelt würde. Briand wurde ebenfalls verhört.

Gestern sagten mehrere frühere Minister und Unterstaatssekretäre aus, namentlich Bainville, Sembat und Thomas. Sie erklärten, Malvy hätte sich angelegen sein lassen, die durch den Ministerrat einmütig beschlossene Sozialpolitik zu befolgen, welche besonders darauf beruht habe, der Arbeiterklasse Vertrauen zu schenken.

Der türkische Botschafter Salki Pascha ist am Montagabend in Berlin nach achtstündiger schwerer Reise gestorben. Er ist ein wichtiger Träger jungtürkischer Konstitutioneller Staatsauffassungen gewesen. Vor der Revolution von 1908 war er erst Rechtsprofessor an der Konstantinopeler Rechtschule, dann Beirat der hohen Räte und Innenminister. Der Umschwung vom Islam zunächst das Amt des Unterstaatsministers und ein Jahr später das Großwesirats. Vor drei Jahren übernahm er den Posten, in dem er jetzt ein Mann in den Künzleren, gestorben ist. Seine Kraft hat natürlich dem Ausbau des deutsch-türkischen Bündnisses geholfen und anerkannt wird, daß seine Weltkundigkeit für die Entwicklung des höheren Unterstaatswesens in der Türkei viel bedeutet hat.

Neue englische Angriffe an der Balkanfront. Der türkische Heeresbericht vom 29. Juli meldet: Der gestrige Tag stand unter dem Zeichen steigender Beschäftigung an der ganzen Front. Am Südküstenriff der Engländer nachts nach heftiger Artillerieartillerie unsere Vorpostenstellungen an, er wurde überall heftig abgewiesen, Vordringend eingedrungen Teile des Gegners wurden im Nahkampf erledigt. Unsere Stellungen sind unbedeutend in unserer Hand. Weidseitig der Straße Jerusalem-Radulus entwickelten sich Artilleriekämpfe mit wechselnder Stärke.

Stegerwalds Kritik am Zentrum.

Christliche und Sozialdemokratie.

Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, der bekanntlich seit einiger Zeit auch dem Preussischen Herrenhaus angehört, hielt dieser Tage in Essen und Köln zwei vielbesuchte Reden, in denen er die offene Ausdrucksweise der im Zentrum vorhandenen Gegensätze verlangte. Ueber diese Gegensätze sprach sich Stegerwald ausführlich aus. Ein Teil der Zentrumsmitglieder aus adeligen Kreisen läßt sich noch ganz in den Gedankenängen des altpreussischen Feudalstaates. Zwischen ihm und den Zentrumsdemokraten aus dem Kleinbürgertum und dem Arbeiterstande sei es nie zu einer wirklichen Verständigung gekommen. Seit seiner Gründung habe das Zentrum

sich zum gleichen Wahlrecht bekannt, in der Entscheidungsfunde aber habe ein Drittel der Fraktion verlagert.

Besserung erhofft Stegerwald von rücksichtsloser öffentlicher Erörterung aller Probleme, von der Bildung einer festen Parteiorganisation mit einem aktionsfähigen Parteivorstand und von sorgfältiger Rücksichtnahme auf die politische Psyche der Arbeiter. Die Zentrumsarbeiter wollen nicht aus der Partei auscheiden. Aber wenn sie eine christliche und laienbezogene Partei bilden wollten, so verlangen sie doch von einer solchen auch Großzügigkeit und Vollständigkeit. Es sei ein Übel, die Genossenschaftsbildung bei Landwirten und Mittelständlern freundlich zu unterstützen und gleichzeitig von den Arbeitern zu verlangen, daß sie auf bloßer Rücksicht auf den überbitterten laienmännischen Mittelstand auf genossenschaftlichen Wareneinkauf verzichten. Es liege sich auf die Dauer nicht ertragen, daß die katholischen Bauern zwar nicht ebenso lärmend, aber ebenso energisch wie der Bund der Landwirte die Selbstinteressen der Bauern zum alleinigen Maßstab ihres Verhaltens machen, während man gleichwohl von den christlichen Gewerkschaften fordere, daß sie die Arbeiterinteressen nicht ebenso kraftvoll wahrnehmen wie die Sozialdemokratie.

Stegerwald fordert deshalb einen neuen Parteiaufbau, der den Arbeitern, Angestellten und Beamten das ihnen zukommende Maß von Einfluß sichere. Entweder müsse im Rahmen des Zentrums eine besondere christlich-soziale Arbeiterpartei nach österreichischem Muster gebildet werden, oder es seien besondere Arbeitervereine zu gründen, aber die katholischen Arbeitervereine müßten ihren Charakter als Ständesorganisationen schärfer ausbilden und auch dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie Arbeiter an Stelle der Kaplanen zu Vorstehenden hätten, oder endlich die Parteiorganisation selbst müsse auf eine breitere Grundlage gestellt werden, daß die Volksmassen in ihr besser zur Geltung kämen. Schläge man nicht diese Wege ein, so werde in immer wachsendem Maße die Sozialdemokratie den politischen Sammelplatz für die deutsche Arbeiterschaft bilden.

So Herr Stegerwald. Man kann aus seinem Vortragsinhalte, daß sich in der katholischen Arbeiterschaft ein scharfer Zug nach links zur Sozialdemokratie bemerkbar macht. Die christlichen Gewerkschaftsführer haben die schwere Aufgabe, die katholischen Arbeiter beim Zentrum zu halten, und sie haben sich ihr mit mehr Geschick und Erfolg unterzogen, als uns lieb ist. Wenn sie nun sehen, wie Zentrumsmagnaten, Zentrumsdemokraten und Zentrumskatholische ihre Arbeit zunichte machen, dann kann sie einmal schon die Verzweiflung pfeifen.

Den notwendigen Entwicklungsprozeß, der alle Arbeiter und Angestellten, das ganze werktätige Volk unter der Fahne des Sozialismus sammelt, wird freilich keine taktische Kunst aufzuhalten imstande sein.

Eine Kundgebung des Bundes der Landwirte.

Der engere Vorstand des Bundes der Landwirte veröffentlicht in der „Deutschen Tageszeitung“ eine ziemlich umfangreiche Kundgebung, in der die Wünsche der Landwirtschaft darzulegen werden. U. a. wird erklärt:

„Mit Beginn der neuen Ernte müssen wir dringliche Vorstellungen gegen das bisher von der Regierung beliebte Zwangssystem mit seinen teilweise sogar unauflösbaren Vorschriften erheben. Dieses System, den Wünschen der Sozialdemokratie und des Freiwirtschaftlers entsprechend, hat uns in den Zustand der sozialdemokratischen Wirtschaftszwangswirtschaft hineingeworfen. Die Regierung möge vor Feststellung ihrer Maßnahmen die landwirtschaftlichen Vertretungen nicht nur hören, sondern auch beachten und nicht beeinflussen von Drohungen der Sozialdemokratie einseitig deren Willen erfüllen. Das bureaukratisch überspannte Verfahren in allen Ernährungsfragen muß schließlich zu einem Zusammenbruch führen. Der Reichstag hat noch in den letzten Sitzungen vor seiner Vertagung durch die gesetzliche Festlegung einer erheblichen Lohnerhöhung für eine Kategorie industrieller Arbeiter verfügt. Dagegen ist keine Bestimmung getroffen, welche der Landwirtschaft die Besserung ihrer jetzigen Lage gebracht hätte, trotz aller Anträge der Vertreter des Bundes der Landwirte.“

Die Forderungen, die der Bund der Landwirte aufstellt, gehen kurz dahin:

1. Abhilfe gegenüber dem Mangel an Arbeitskräften, 2. Vereinfachung größerer Düngemittel, 3. Freigabe des Hintersolms, 4. Rücksicht bei der Beschlagnahme von Vieh, 5. Schnellere Bezahlung bei allen Leistungen und Lieferungen, 6. Rücksicht auf örtliche Verhältnisse bei der Zwangsversteigerung der Milch und zutreffende Preisermäßigung, 7. Weniger schablonenhafte Behandlung der Steuern und Steuerbefreiung, 8. Freigabe leichtverderblicher Nahrungsmittel (Eier, Obst, Gemüse) für den freien Handel, der allein das Verbot großer Mengen verhindern kann, 9. Wegfall der ehrenrührigen Hauszählungen, die es dahin bringen, daß dem Landwirt alle Winkel und Ecken seines Besitzes durchsucht werden, ohne Gewährung des Schutzes, den die übrige Bevölkerung sonst für sich genießt.

Der Vorstand des Bundes der Landwirte versichert dann, daß es jedem gesunden Menschenverstand widerspreche, wenn die Kriegerfrau auf dem Lande keine Hilfskräfte habe, dann aber Soldaten zu solchen Polizeidienstleistungen frei seien. Warum würden solche Hauszählungen nicht in den Städten bei den Kriegswuchsern, Kriegsgesellschaften und allen des Hamstern verdächtigen Personen vorgenommen? Der Bauer habe jetzt das erbitternde Gefühl, daß er allein im Reich unter dem Druck von Ausnahmengesetzen stehe, die für alle anderen aufgehoben seien.

Die Landwirtschaft erfreut sich während des Krieges sehr guter Preise. Daß die Not eines vierjährigen Krieges auch ihr notwendigweise manche Schwächen offenbart, befreit sie nicht von der Pflicht, für sie die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen, ist weiter nichts als ein demagogischer Kniff. Bei den Städten wird nach Kriegsmetall dringlich gesucht, und auch der Kleidermangel wird vor einer Hauszählung — zum Nutzen der landwirtschaftlichen Bevölkerung — bald nicht mehr sicher sein. Es ist wieder nur ein demagogischer Kniff, wenn man die Umschau, die draußen in Kornfeldern gelegentlich gehalten wird, als eine gegen die Landbevölkerung gerichtete Ausnahmemaßregel hinstellt.

Die erzieherische Wirkung des Krieges.

Zur „Justizministerialblatt“ gibt eine Zusammenstellung der wichtigsten Geschäfte bei den preussischen und walddeutschen Justizbehörden für die Jahre 1915—1917 Aufschluß. Diese Darstellung gewährt einen sehr interessanten Überblick über die Entwicklung der Rechtspflege, besonders der Strafrechtspflege, während der Kriegszeit. Es ergibt sich ein wenig erfreuliches Bild. Die Verurteilungen in Fürsorgefällen sind von 6045 in 1915 auf 13206 in 1917 angewachsen, die Strafbefehle in Forstverbrechen von 20240 auf 45582, die Anträge auf Erlass von sonstigen Straf-

befehlen von 137630 auf 508266. In den letzteren Zahlen sind die vielfachen Verurteilungen wegen Schleichhandels mit enthalten. Charakteristisch ist auch, daß die Privatklagen sich nur um ein geringes vermindert haben (von 71840 auf 64973). Diese Verurteilung weist bedeutungslosere Verurteilungen beweist, daß ein Teil der Bevölkerung den Ernst der Kriegszeit noch immer nicht voll begriffen hat.

Der preussische Minister des Innern weist die Verwaltungsbehörden in einem Erlass auf die sittliche Verwahrlosung zahlreicher Frauen und Mädchen während der Kriegszeit hin und empfiehlt, soweit Mädchen unter 18 Jahren in Betracht kommen, die Fürsorgeerziehung. Außerdem sollen Fürsorgeämtern und Fürsorgeeinheiten in erster Linie damit beauftragt werden, diese Personen unter ihren Schutz zu nehmen. Gegen die übrigen Frauen und Mädchen soll erst mit einer Ueberweisung an die Landespolizeibehörde vorgegangen werden. Soweit gegen diese Personen Strafen verhängt würden, soll die Gewährung von Strafaussetzungen dazu dienen, eine Besserung herbeizuführen. Es wird dann auf das Verfahren der Stadt Bielefeld aufmerksam gemacht, die einen besonderen Ausschuss eingesetzt hat, der nach Benchmen mit der Polizeibehörde eine ansehnlich wirksame Schutzaufsicht eingerichtet hat. Selbst bei Personen, die bereits verurteilt sind, werde unter Umständen namentlich von der Unterbringung in dauernde Landarbeit, verbunden mit der Bekämpfung des Arbeitszwanges, eine dauernde Wirkung zu erhoffen sein.

Politik und Anstand.

Deutsche Desatistensagd.

Die „Tägliche Rundschau“ leitet Artikel über Völkerricht und Pazifismus. Sie nimmt sich zu diesem Zweck ein neues Buch des bekannten Marburger Professors Walther Schüdting vor und behandelt die darin erörterten Probleme in einer Weise, daß wir uns jeder Polemik als eines Verstoßes am unzulässigen Objekt enthalten können. Nur ein Beispiel sei zur Kennzeichnung der angewandten Methode herausgegriffen. Prof. Schüdting schreibt im Vorwort:

„Angegriffen modern draußen die Leidensname von Tausenden, ein eiliger Dunst steigt von ihnen auf und dahinein schluchzen die Angehörigen um ihre Taten.“

Aus dieser tiefempfundnen Schilderung der Kriegsgreuel fächelt sich die „Tägliche Rundschau“ eine Beschimpfung der Taten zusammen. Sie schreibt:

„Von unsern Helden, die fürs Vaterland ihr Leben gaben, weiß er nichts anderes zu sagen als „ein eiliger Dunst steigt von ihnen auf“ (in wörtlicher Bitterung). Kann weltanschaulicher Fanatismus so blind machen? Das ist der Dorn eines deutschen Professors an die, die auch für ihn geteilt haben. Und zu dessen Füßen sollen sich deutsche Studenten setzen, die selbst im Kriegsdienste des Vaterlandes gar leicht auch zu „eiligem Dunst“ hätten werden können.“

Der Fall erinnert lebhaft an ein berühmtes Hölzerhandstück aus den siebziger Jahren. Wilhelm Liebknecht hatte einmal während des Deutsch-Französischen Krieges zur Verteidigung der Soldaten geschrieben, sie seien doch Menschen und keine zweibeinigen Tiere. Jahrzehnte darauf konnte man noch in alldutschen Blättern lesen, die Sozialdemokratie habe die Sieger von 70/71 zweibeinige Tiere genannt.

Daß der Artikel der „Täglichen Rundschau“ nicht geschrieben ist, um dem Professor Schüdting Annehmlichkeiten zu bereiten, liegt auf der Hand. Auf das selbe Blatt gehört folgendes Denunziationsstück der „Kallib. Korrespondenz“:

„Es ist unglücklich, aber wahr, daß der Herausgeber einer Berliner Zeitschrift Wache für Wache den Schmalzstapf Wilsonscher Phrasen in die Hand nimmt, um sich mit seinem Inhalt die Lippen zu säubern und die Zunge geläufig zu machen. Wir nehmen an, daß dieser und andere Propagandisten des amerikanischen Präsidenten ehrlich in Wilson verrückt sind. Man sucht also am besten über sie die Wache. Zugehört für die politischen Zustände Deutschlands aber bleibt es doch, daß die Wilsonpropheten mitten in Deutschland ihr Lager aufgeschlagen haben und auf ihre Weise ungeschwehrt für die Kriegsziele werden, die der amerikanische Präsident gegen uns ausgerufen hat.“

Ob der genannte „Herausgeber einer Berliner Zeitschrift“ nicht im Vertrauen zur Ehrlichkeit der Wilsonschen Kriegsziele zu weit geht, soll in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden. Auf keinen Fall kann es jedoch, wo so viele Zeitungen täglich Wilson als schmierigen Heuchler beschreiben, daß auch die entgegengesetzte Auffassung hier und da vertreten wird. Auf alle Fälle ist der Wunsch, der aus den Reihen des offiziellen nationalliberalen Parteikongresses hervorleuchtet, verächtlich.

Vergeltungsmaßnahmen gegen Bayern.

Die rheinisch-westfälischen Kohlenbarone wollen sich an Bayern dafür rächen, daß dort die Kufenshallabnehmer für die Fremden eine Beschränkung erfahren hat. Wie die „Tremonia“ mitteilt, ist in einer Sitzung einer Kohlenkommission in Essen bezüglich der Zustellung für den Hauskohlenbrand für den Winter beschlossen worden, die bayerischen Haushaltungen nur für drei Wochen mit Kohlen oder Holz aus den preussischen Bergwerken zu versehen und auch nur 60 v. H. der bayerischen Haushaltungen zu berücksichtigen.

Dieses Verfahren muß, wenn es in die Tat umgesetzt werden sollte zu recht bedenklichen Folgen führen, schließlich kommt es nach dazu, daß sich die einzelnen deutschen Bundesstaaten fast hermetisch gegeneinander abschließen, und das Ganze nennt sich dann Deutsches Reich.

Rühlmann für Raempff? Die Wittenblätter wählten gestern zu berichten, daß der Wan Besche, im bevorstehenden 1. Berliner Wahlkreis den verabschiedeten Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn v. Rühlmann, als Reichstagskandidaten aufzustellen. Dier scheint der entgegenstehende Wunsch Bayer der Veröffentlichung gemessen zu sein. Die „Vossische Zeitung“ empfiehlt angelegentlich Verdringung, sowohl auch er nicht von ihrer Hand ist. Aber sie scheint zu denken: lieber noch der!

Die erste Wohnungs-Fürsorgegesellschaft auf Grund des preussischen Wohnungsgesetzes ist in Münster für die Provinz Westfalen gegründet worden. Die Gesellschaft soll den Bau und die Einrichtung von Wohn- und Ferienhäusern auf gemeinnütziger Grundlage fördern. Das Einlagekapital beträgt 7 1/2 Millionen Mark, wovon der preussische Staat 2 1/2 Millionen geschenkt hat. Die Gesellschaft soll ferner hauptsächlich die Aufgabe haben, die Baukostenzuschüsse für die gemeinnützigen Bauvereinigungen in die Hand zu nehmen und eine möglichst weitgehende Vereinfachung der Maße und Formen im Bauwesen und damit die allenthalben angestrebte Vereinfachung und Verbilligung des Bauens zu erreichen. Auch die Beschaffung von Grundstücken in Verbindung mit Gemeinden und gemeinnützigen Vereinigungen gehört zu den Aufgaben der Gesellschaft.

Rückfragen der Mittelmacht in Tiflis. Siew über Kuril, 27. Juli. (R. L. A.) Ueber der deutschen hat sich auch eine österreichische und bulgarische Mission nach Tiflis begeben.

Gewerkschaftsbewegung

Reichskonferenz der Holzarbeiter.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hielt am 29. Juli in Frankfurt a. M. eine Städtekonferenz ab, die Stellung nahm zu der gegenwärtigen Bewegung im Holzgewerbe, die Löhne mehr der Teuerungserhöhungen anpassen. Die Konferenz war gut besucht, es nahmen an ihr neben den Vorstandsmitgliedern und Bezirksleitern Delegierte aus 116 Zählstellen teil.

Verbandsvorsitzender Leipzig-Berlin betonte in seiner Eröffnungsansprache, der Krieg habe verhindert, daß der Verband jetzt seinen Jubiläumsvorstand abhalten könne. Nahe am Abschluß seiner 25jährigen Organisationsstätigkeit habe der Verband große innere Umänderungen durchgeführt. Man könne aber jetzt schon sagen, daß die Hoffnungen und Erwartungen, die an diese Neuregelungen geknüpft worden sind, zur Zufriedenheit der Mitglieder ausfallen. Der Verband sei finanziell gerüstet, da seit Januar habe sich das Verbandsvermögen um eine Million Mark erhöht. Auch in der Mitgliederbewegung sei eine erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen. Mit Befriedigung und Anerkennung könne gesagt werden, daß der Verband seine alte Stärke bewahrt habe.

Nach einleitender Referat zu dem Beratungspunkt der Konferenz:

„Stellungnahme zu einer neuen Teuerungszulage“.

Hielt Johann das Vorstandsmitglied Neumann-Berlin. Er führte unter anderem aus, die fortgesetzte Teuerung habe die Kollegen in vielen Orten veranlaßt, mit Lohnforderungen an die Arbeitgeber heranzutreten. Bei den Vereinbarungen mit den Unternehmern im Herbst vorigen Jahres sei im Gegensatz zu den vorausgegangenen Abmachungen nicht beschlossen worden, daß bei andauernder Teuerung der Arbeiter berechtigt sein sollen, innerhalb der Vertragsdauer neue Forderungen zu stellen. Dadurch sei der Vorstand veranlaßt gewesen, eine zentrale Bewegung in Angriff zu nehmen. Als es dann in einer Reihe von Orten sogar zu Arbeitsbeeinträchtigungen kam, sei der Vorstand an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes herantreten. Dieser habe die Notwendigkeit einer weiteren Teuerungszulage grundsätzlich anerkannt, wolle aber in Verhandlungen erst eintreten, nachdem er in seiner Generalversammlung am 3. August Stellung zu der Frage genommen habe. Neumann besprach die Forderungen, die bei einer zentralen Bewegung erhoben werden müssen. Außer einer Erhöhung der Löhne und entsprechender Erhöhung der vertraglichen Mindestlöhne müßten noch eine Reihe weiterer Fragen zur Erledigung kommen, die einen Ausbau des Vertragswesens bedeuten. Mit den Verhandlungen über die Lohnverbesserung müsse auch die Verlängerung des Tarifvertrags verbunden werden.

Die Diskussion war sehr ausgedehnt, sie zog sich bis zum Abend hin. Die Redner begründeten die Wünsche und Forderungen der einzelnen Orte und Branchen, die recht vielseitig sind. In der Hauptsache drehte sich die Aussprache darum, ob bei der Verhandlung über die Lohnbewegung zugleich über die Verlängerung des Tarifs verhandelt werden soll, und um die Höhe der neuen Teuerungszulage. Verlangt wurde auch die Erhöhung der Montagegelde, Erhöhung der Zuschläge für Sonntags- und Nachtarbeit, Gewährung von Ferien.

Das Ergebnis der Erörterungen war, daß die Konferenz eine Kommission einsetzte, die die Aufgabe hat, mit dem Vorstand der Vorbereitungen für die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zu treffen. Gegen 4 Stimmen beschloß die Konferenz, daß mit den zu treffenden Vereinbarungen auch die Verlängerung des Tarifvertrages auf ein Jahr verbunden werden solle. Als neue Teuerungszulage wird verlangt: für die männlichen Arbeiter 20 Pf. und für die Arbeiterinnen und Jugendlichen 20 Pf. für die Stunde. Diese Zulage soll ab 1. August genährt werden. Die bestehenden Mindestlöhne sind um den Betrag der Teuerungszulage zu erhöhen. Die Konferenz gab ferner ihre grundsätzliche Zustimmung dazu, daß die Mindestlöhne gruppiert werden dürfen nach männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeitern. Als weitere Forderung für die Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurde festgesetzt, daß eine Vereinbarung getroffen werden soll, wonach bei weiterer Steigerung der Teuerung neue Verhandlungen über die Teuerungszulagen zulässig sein sollen. Die aufgestellten Forderungen sollen nicht nur an den Arbeitgeberverband, sondern an alle Arbeitgeberorganisationen des Holzgewerbes und alle einzelne Unternehmer gestellt werden. Ihre Durchführung wird mit aller Entschiedenheit angestrebt.

Nach Erledigung dieses Beratungspunktes nahm die Konferenz in scharfer Weise Stellung zu den Bestrebungen der Scharmacher gegen die Beschlüsse der Reichstagskommission zum Arbeitskammergesetz. In gleicher Weise beurteilte sie die Bestrebungen des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise, der neuerdings wieder versucht, eine Bureaufratifizierung der Arbeitsvermittlung durch Reichsgesetz durchzuführen.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

Die Arbeiter der rheinisch-westfälischen Großindustrie fordern kürzere Arbeitszeit.

Aus dem Ruhrbezirk wird uns geschrieben:

In fast allen Werken der rheinisch-westfälischen Großindustrie sind den Arbeitgebern durch die Arbeiterschlüsse Anträge überreicht worden, die jegliche Arbeitszeit von 60 Stunden auf 56 Stunden zu verkürzen. Soweit bisher zu übersehen ist, sind nennenswerte Jungkündnisse von größeren Werken nicht gemacht worden. Man schätzte technische Undurchführbarkeit, sowie Ausfall an Produktion vor, die die jetzigen Heereslieferungen nicht ertragen können. Dieser ablehnende Standpunkt der Unternehmer hat die Arbeiter in dem verabschiedeten Osten dazu getrieben, zur Selbsthilfe zu schreiten, indem sie des Sonntags um 2 Uhr die Betriebe verließen. Verhandlungen mit dem Stellvertretenden Generalkommando des 7. Armeekorps in Münster, sowie mit dem Kriegsamt in Berlin haben zu keinem positiven Ergebnis geführt. Diese Stellen haben die Arbeiter an die Schlichtungsausschüsse verwiesen, die diese Angelegenheit örtlich erledigen sollen. Allgemein wird die Ansicht unter den Arbeitern vertreten, daß das Verhandeln vor den Schlichtungsausschüssen nur eine Verschleppungspolitik sei. Eine solche Auffassung konnte nur entstehen, weil sich eine Reihe von Schlichtungsausschüssen des Ruhrbeziers bei den Arbeitern kein Vertrauen erworben haben. Trotzdem haben die Arbeiter diesen Weg noch einmal beschritten, schon um den Behörden sowie den Unternehmern zu zeigen, daß sie den gesetzlichen Weg einhalten.

Von großer Bedeutung für die ganze Beurteilung dieser Frage war eine Sitzung des Schlichtungsausschusses in Mülheim a. Ruhr. Die Arbeiter der Maschinenfabrik Thyssen u. Co. A.-G. hatten schon im Februar bei der Leitung die 54 stündige Arbeitszeit verlangt. In der schriftlichen Begründung führte die Firma u. a. aus:

„Wir müssen diese Forderung ablehnen, einerseits mit Rücksicht auf die augenblicklich hohen Anforderungen von Seiten unserer Obersten Heeresleitung, andererseits auch mit Rücksicht auf die Interessen unseres Werkes. Im allgemeinen wird in sämtlichen deutschen Maschinenfabriken arbeitstäglich 10 Stunden gearbeitet. Eine Ausnahme hiervon können wir nicht machen. Die tatsächliche Arbeitszeit beträgt nach Abzug der Pausen 9 1/2 Stunden, 10 Arbeitsstunden werden täglich bezahlt.“

In einer großen Betriebsversammlung wurden diese Gründe als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet. Allgemein neigte man der Auffassung zu, daß hinter dem ablehnenden Standpunkt der Firma die übrige Großindustrie sich verbirgt. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, in Anbetracht der steigenden Ernährungsnotwendigkeiten erneut mit den Militärbehörden in Verhandlung zu treten, um so auf der ganzen Linie für die Arbeiter eine Erleichterung herbeizuführen. Inzwischen sind die Ernährungsmöglichkeiten nicht besser geworden. Und da eine Besserung auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, beauftragte eine Vertrauensmännerkonferenz des Duisburger Industriebezirks die Arbeiterschlüsse, bei den Werken eine Verfürgung der Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden die Woche zu beantragen. Diesem Beschluß fügten sich die Arbeiter der Maschinenfabrik Thyssen und ermäßigten ihre Forderung von 54 auf 56 Stunden. Auch dieses wurde von der Betriebsleitung abgelehnt. In der Hauptsache sträubte man sich dagegen, den Arbeitern den freien Samstag nachmittag zu gewähren. In Wirklichkeit verlangen also die Arbeiter des genannten Werkes eine Stunde Arbeitszeitverfürgung.

Der Sitzung des Schlichtungsausschusses in Mülheim a. Ruhr, welche am 28. Juli stattfand, wohnten unter anderem ein Vertreter von der Firma in Berlin, ein Vertreter vom Stellvertretenden Generalkommando des 7. Armeekorps in Münster, sowie einige Vorsitzende von Schlichtungsausschüssen der umliegenden Städte, verschiedene Direktoren größerer Werke und auch einige Gewerbetreibende bei. Nach eingehender Darlegung der Gründe der Parteien wurde nach einseitigstündiger Beratung folgendes beschlossen:

1. Der Geheimrat Regierungsrat Dr. Wallisch zu Aachen und, sofern dieser zur Abgabe des Gutachtens nicht in der Lage ist, eine vom Kriegserfab- und Arbeitsdepartement zu benennende Persönlichkeit, soll nach Besichtigung des Betriebes der Maschinenfabrik Thyssen u. Co. A.-G., nach Einsichtnahme der Schlichtungsausschüsse, sowie nach Anhörung der Betriebsleitung und des Arbeiterschlusses ein schriftliches Gutachten darüber erstatten, ob infolge der von der Arbeiterschaft angestrebten höchstmöglichen Verkürzung der Arbeitszeit ein Produktionsausfall, zutreffendfalls in welcher Höhe, zu erwarten ist und ob die gewöhnliche Arbeitszeitverfürgung betriebstechnisch ohne volkswirtschaftlichen Schaden durchführbar ist.

2. Der Herr Gutachter wird gebeten, die Erstattung des Gutachtens möglichst zu beschleunigen.

3. Neuer Verhandlungstermin wird unterzüglich nach Eingang des Gutachtens anberaunt.

Mit Spannung wird dieses Gutachten erwartet, und noch mehr der Beschluß des Schlichtungsausschusses, den dieser fällen wird. Wird durch Schiedspruch den Arbeitern der Maschinenfabrik Thyssen eine Stunde Arbeitszeitverfürgung verweigert, so wird kein Mensch mehr erwarten, daß derselbe Schlichtungsausschuss den Arbeitern gleichartiger Werke die Verkürzung der Arbeitszeit zuspricht. Außerdem werden sich die Schlichtungsausschüsse in den Nachbarorten den Mülheimer Schiedspruch als Richtschnur dienen lassen.

Eine andere Frage ist es allerdings, ob die Arbeiter in der Großindustrie die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen können. Die Gründe, die die Unternehmer anführen, sind scheinbarer Natur. Wohl erkennen dieselben die Schwierigkeiten in der Ernährung an, aber ihr Prinzip ist, unter keinen Umständen den Neinstundentag durchbrechen zu lassen, selbst auf die Gefahr, daß die Arbeiter am Schraubstock umsinken. Wenn irgendwas, so haben gerade die Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriebezirk voll und ganz ihre vaterländische Pflicht erfüllt. Sie wollen sie auch weiter erfüllen, nur etwas Erleichterung wollen sie haben. Daß es den Unternehmern nicht auf den Produktionsausfall ankommt, beweisen die Vorgänge auf der G.-S.-Hütte in Oberhausen und Sterkrade. Dort haben am Samstag, den 20. Juli, die Arbeiter in einer Reihe Betriebe um 2 Uhr Schluß gemacht. In Oberhausen, wo es sich um Feuerbetriebe handelte, wurden am Sonntag, als die Reparaturschlosser erschienen, so viele abgerufen, daß es unmöglich war, den Betrieb für Montag wieder produktionsfähig zu machen. Als die Arbeiter am Montag erschienen, prangte ein Anschlag am schwarzen Brett, daß die Arbeit erst am Dienstag wieder aufgenommen werden könnte. In Sterkrade, wo es sich um mechanische Betriebe handelte, waren die Pforten geschlossen und die Betriebsleitung erklärte, nachdem die Arbeiter „in den Streik“ getreten sind, wird die Arbeit nicht früher aufgenommen, bevor ein größerer Teil der Belegschaft den Streik für beendet erklärt. Dabei war die Belegschaft am Montag vollzählig zur Arbeit erschienen, kein einziger Arbeiter dachte an einen Streik. Auch ein großer Teil derjenigen Arbeiter wurde an der Erfüllung ihrer Pflicht behindert, die am Samstag durch Bemühungen der Vertrauensleute im Betriebe geblieben waren. Außerdem sollen die für den Monat August in Aussicht genommenen Lohnverbesserungen nicht in Kraft treten. Alles dieses deutet an, daß die Schwerindustrie nicht daran denkt, den Arbeitern auch nur im geringsten entgegenzukommen. Das, was hier die G.-S.-Hütte angeordnet hat, reicht aus, um für eine Reihe von Wochen die Wünsche der Arbeiter zu befriedigen. Aber nein, durch Stockschläge auf den Magen will man sich die Arbeiter gefügig erhalten. Welche Stimmung diese Maßnahmen hervorgerufen, braucht nicht besonders betont zu werden. Nach wie vor lechzt es die Organisation, die nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustriellen, ab, mit den Organisationsvertretern der Arbeiter die Frage der Arbeitszeitverkürzung zu beraten. Sie gestalten den Angehörigen der Gewerkschaften nötigenfalls, wenn es brennt, das Feuer zu löschen, nicht aber, mit ihnen über Maßnahmen zu beraten, die dazu dienen sollen, Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter zu erhalten.

Zum Streik der englischen Rüstungsarbeiter.

London, 20. Juli. (Reuter.) Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage über den Streik in Munitionsfabriken sagte Churchill, die große Mehrheit der Arbeiter in Birmingham und ein beträchtlicher Teil der Arbeiter in Coventry habe die Arbeit wieder aufgenommen. Es sei zu hoffen, daß auch in Woolwich die ruhige Ueberzeugung die Oberhand behalten werde. Er hoffe, daß morgen die Arbeit allgemein wieder aufgenommen werden würde.

Aus einer Erklärung des Munitionsministeriums, die in der „Morning Post“ vom 20. Juli 1918 abgedruckt ist, entnehmen wir einiges über die angeblichen Ursachen des Ausstandes. Danach hat infolge der Knappheit an gelernten Arbeitern, die durch die Bedürfnisse der Armee und die ernste Kriegslage entstanden ist, in einigen Fällen eine Begrenzung der Zahl der gelernten Arbeiter, die von den Privatfirmen angestellt werden darf, stattgefunden. Nach Rücksprache mit den Gewerkschaftsführern erließ das Munitionsministerium für etwa hundert Firmen ein Verbot, ihr Personal zu vermindern, um so weiterhin die Verringerung des Feldheeres mit genügendem Material sicherzustellen. Der Arbeitsmangel läge demnach nicht ein Streik zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zugrunde, sondern es handelte sich größtenteils um ein Mißverständnis. Inwiefern diese Erklärung den Tatsachen entspricht, läßt sich im Augenblick nicht nachprüfen.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten

veröffentlicht seinen Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1917, der ebenso wie bei den Gewerkschaften eine günstige Aufwärtsentwicklung ergibt. Während noch im Vorjahre in der Mitgliederzahl ein

Rückgang festzustellen war, hat das Jahr 1917 eine Steigerung gebracht. Der B. t.-i. B. zählte am 31. Dezember 1917 22 068 Mitglieder, von denen sich 15 770 im Heeresdienst befanden. Die Zahl der deutschen Verwaltungsstellen belief sich auf 130. An ordentlichen Mitgliederbeiträgen wurden 185 922,13 M. vereinbart gegen 150 918,22 M. im Vorjahre. Trotz der schwierigen Kriegsverhältnisse hat der Bund im Berichtsjahr einen Vermögenszuwachs von 33 392,64 M. und einen Vermögensstand von 345 957,36 Mark erreicht. Aus der Kriegsspende der Industriebeamten, die teils von der Bundeskasse, teils von freiwilligen Beiträgen der Mitglieder gespeist wurde, konnten seit Kriegsbeginn 233 445,33 M. Unterstufungen an Kriegsteilnehmerfamilien und stellenlose Mitglieder ausbezahlt werden. Die Rechtsabteilung hat neben einer umfangreichen Raterteilung in 12 gewonnenen Prozessen 28 935,13 M. an Gehältern, Provisionen usw. erstritten. Auf außergerichtlichem Wege gelang es, durch Vermittlung mit den Firmen in 12 Fällen 5 Zeugnisse und 2065,15 M. für Bundesmitglieder bereinzubekommen. Im übrigen wird über eine umfangreiche sozialpolitische und gewerkschaftliche Arbeit des Bundes berichtet, die vor allem auch auf die Tätigkeit der Angestelltenausschüsse sehr befruchtend gewirkt hat.

Parteinachrichten.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Beckum-Lübdinghausen-Warendorf konnte seine Generalversammlung erst nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten abhalten. In einem Orte verlangte die Behörde vorher die mündliche Niederschrift der Vorträge, Berichte, sowie der Aussprache! Obwohl das Tätigkeitsgebiet in einem erst neuerdings von der Industrie erschlossenen Bezirke liegt, hat der Verein gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl (nach verkauften Marken berechnet) stieg von 347 auf 628, die Zahl der Neuaufnahmen von 65 auf 391. Weibliche Mitglieder sind 242 vorhanden. Die Einnahme erhöhte sich von 1178,97 auf 2431,80 M. In vier Orten ist die Partei während des Krieges bei Gemeindevahlen erfolgreich gewesen. Die Generalversammlung erhöhte den Monatsbeitrag von 80 auf 60 Pf. und wählte den Gen. R. o. s. Ahlen zum Landtagskandidaten. Nach einem kurzen Vortrag des Abg. König über die Kriegspolitik der Partei wurde eine Entschließung angenommen, in der die Haltung der Fraktion gebilligt wird. Ferner wurde für das freie Wahlrecht Stellung genommen und endlich den Forderungen und Wünschen der Arbeiterschaft in der Lebensmittelversorgung Ausdruck gegeben.

Die französische Arbeiterjugend.

Die „Humanité“ bringt einen — leider recht dürftigen — Bericht über die am 21. Juni abgehaltene Nationalkonferenz der französischen Jugendgruppen. Vertreten waren nur 21 Gruppen durch 34 Delegierte. Leider teilt die „Humanité“ nichts von den Verichten über den Stand der Jugendbewegung mit. Ein Schlaglicht wirft nur die Bemerkung über eine interessante Diskussion über die Möglichkeiten, wie der „Bois des Jeunes“ (Jugendstimme) die Erziehung zu sichern sei. Es wurde das Verhältnis der Jugendbewegung zur Partei und zur Frauenbewegung erörtert und beschlossen, daß für die Leiter der Jugendgruppen keine Altersgrenze zu ziehen sei. Die Zusammenarbeit der sozialistischen Jugend mit der bürgerlich-republikanischen wurde von den meisten Rednern abgelehnt. Die Konferenz will auch von der Militarisierung der Jugend nichts wissen und hält die körperliche Erziehung für genügend. Es vertrat einen stark internationalen, pazifistischen Zug, daß die Konferenz ein Manifest beschlossen hat, in dem „allen jungen Sozialisten aller Länder und allen denen, die überall ein Opfer des Kampfes wider den Krieg geworden sind, brüderliche Grüße übermittelt“ werden.

Soziales.

Schwindelanfall — Betriebsunfall?

Der Standaufnehmer L. hatte beim Einfallen von Del aus einem Hof in seine Wohnung die abertausenden Dinsten des Del — Erzeugnis — eingeatmet. Bei der Kontrolle der Gasmessung in der ersten Wohnung ist ihm dann übel geworden, so daß er auf dem Dienstwege auf der Straße zu Fall kam, dabei mit dem Kopf auf die Bordsteinkante schlug und sich einen Schädelbruch zuzog. Dadurch ist L. völlig erwerbsunfähig geworden. Er erhob bei der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke Anspruch auf Invalidrente, wurde indes damit abgewiesen. Der Sturz auf dem Dienstwege sei lediglich auf einen Schwindelanfall zurückzuführen, der ganz unabhängig von der Betriebsunfall durch ein inneres Leiden des Verletzten verursacht worden sei. So die Berufsgenossenschaft.

Die Verurteilung wurde vom Oberberufungsamt ohne weiteren Beweis zu erheben, zurückgewiesen. Es folgte den „einwunderlichen“ Schicksalen der von der Berufsgenossenschaft gehörten Verzte. Das Oberberufungsamt meinte, L. sei einem Unfall des „täglichen Lebens“ infolge der bei ihm bestehenden Aderverhärtung zum Opfer gefallen. Der gegen diese Entscheidung eingelegte Rekur beim Reichsberufungsamt hatte Erfolg. Der erkennende Senat nahm das Vorliegen eines Betriebsunfalles an und verurteilte mit folgender Begründung die Berufsgenossenschaft zur Entschädigungspflicht:

„Nach Lage der Sache hat sich das Reichsberufungsamt den Vorentscheidungen nicht anzuschließen vermocht, sondern dem Resturke des Klägers statgeben müssen. Der Kläger ist als Standaufnehmer bei der Direktion des Städtischen Gaswerks in R. beschäftigt und hatte als solcher die Gasmessung in der Wohnung des Gasabnehmers nachzuprüfen; er fiel an dem Unfalltage auf dem Wege von dem städtischen Gaswerk zur Standaufnahme in der R. Straße in R. infolge eines Schwindelanfalles so heftig auf die Bordsteinkante, daß er durch den Sturz einen Schädelbruch erlitt. Es kann dahingestellt bleiben, ob der Schwindelanfall, wie der Kläger annimmt, durch das Einatmen giftiger Dämpfe oder durch die Arterienverhärtung, an der der 65 Jahre alte Mann leidet, hervorgerufen ist; der Unfall traf jedenfalls den Kläger bei der Betriebsunfall. Der Kläger hatte, wie unbestritten ist, morgens 7 1/2 Uhr seinen Dienst bei der Gasanstalt aufgenommen. Er befand sich von diesem Zeitpunkt ab ohne Unterbrechung im im Dienst, er war somit gegen sämtliche Gefahren versichert, die sich bei der Betriebsunfall ereignen. Durch seine Betriebsbeschäftigung war er auch der Gefahr, auf das Straßenpflaster zu stürzen und sich an der Bordsteinkante schwer zu verletzen, ausgesetzt. Der Vergriff des Betriebsunfalles erfordert nicht, daß der Versicherte der Unfallgefahr durch die Betriebsbeschäftigung in erhöhtem Maße ausgesetzt war. (Vergleiche Entscheidung des Großen Senats vom 26. Februar 1914, Amtliche Nachrichten des R.V.A. 1914, Siffer 2630 Seite 411.) Der Betrieb hat sonach die Bedingungen geschaffen, die zu dem Eintritt des Unfalls erheblich beigetragen haben, er hat deshalb ursächlich zum Zustandekommen des Unfalls mitgewirkt. Da sich der Unfall somit bei dem Betriebe ereignet hat, ist die Beklagte verpflichtet, den Kläger für seine Folgen zu entschädigen.“

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Arbeiter-Jugend. Deute Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Lehmann, Sedanstr. 53: Spiel- und Unterhaltungsabend.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittags. Zeitweise aufklaren, aber noch überwiegend trübe und etwas neblig, an den meisten Orten leichte Regenschauer.

Verantwortl. i. V. v. Dr. Franz Dietrich, Berlin-Grödenstr. für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reußstr. für Anzeigen: Theodor Wiese, Berlin, Verlag: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Verlags-Verlag G. m. b. H. und Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsbeilage.